Morgenausgabe

Nr. 439
A 214
49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

•

Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz.

•

Erscheinungsweise und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend
17. September 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Reaktion bedroht Reichseinheit

Gefährliche Pläne. — Zweiheit statt Einheit.

Die „Nürnberger Zeitung" veröffentlicht Pläne zur „Reichsreform", wie das Kabinett der Barone sie sich vorstellt. Die Grundzüge dieser Pläne werden an unterrichteter Stelle in Berlin bestätigt. Das Blatt teilt mit:

„Die Politik der bayerischen Regierung gegenüber dem Reich scheint vor einer entscheidenden Kursänderung zu stehen. Unsere Münchener Redaktion hat Spezialinformationen eingeholt, die diesen Wechsel in dem Verhältnis Bayern zum Reich andeuten. Die Reichsregierung soll nämlich eine bereits sehr weitgehende Fühlungnahme mit der bayerischen Regierung durch Herrn von Lersner hergestellt haben.

Man will Bayern für die kommende Reichsreform weitgehende Eventualgarantien der Erhaltung seiner Selbständigkeit anbieten, insbesondere soll es aber seine finanzielle Unabhängigkeit vom Reich erhalten durch entsprechende Aenderung des Finanzausgleichs.

•

Die bayerische Regierung selbst hat zu diesen Dingen noch keine Stellung genommen. Es ist aber anzunehmen, daß sie sich jetzt äußern wird.

Entgegen der ursprünglichen Absicht der Reichsregierung, die kommende Reichsreform nach einem Hugenbergschen Plan durchzuführen, der die preußische und die Reichsregierung zwar in einer Hand vereinigen sollte, aber die preußische Verwaltung bestehen ließ, hat sich die Regierung Papen nunmehr entschlossen, nach eigenen Gedanken noch einen Schritt weiterzugehen und auch die preußische Verwaltung mit der Reichsverwaltung völlig zu vereinigen.

Die preußischen Provinzen werden Reichsländer werden mit stark dezentralisierten Befugnissen und Aufgaben einer Verwaltung. Die Länder „alter Ordnung" Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen dagegen werden in ihrer jetzigen Form bestehen bleiben, sie sollen sogar eine verstärkte Daseinsgarantie erhalten, indem man ihnen wesentliche Teile ihrer früheren finanziellen Selbständigkeit zurückgibt.

Einzelheiten sind in diesen Punkten allerdings noch nicht festgelegt, wenngleich angenommen werden kann, daß der neue Vertrauensmann der Reichsregierung in den Ländern, Freiherr von Lersner, bereits komplette Vorschläge nach klaren Plänen gemacht hat.

Wie das Blatt weiter hört, will Herr von Papen selbst nach Beendigung der gegenwärtig akuten innerpolitischen Auseinandersetzungen seinen Antrittsbesuch in Bayern machen. Ferner beabsichtigt Innenminister von Gayl eine Reise durch die bayerische Ostmark anzutreten mit anschließendem Besuch Münchens."

Es handelt sich hier um sehr ernste Pläne. Je schmaler sich die Grundlage erweist, auf der das Kabinett Papen steht, um so größer die Pläne, die sie entwirft — und um so verderblicher!

Zunächst einmal: diese Pläne würden auf eine völlige Aenderung der Reichsverfassung hinauslaufen, und wir vermögen nicht zu erkennen, wie die Regierung Papen diese Pläne auf den verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wegen verwirklichen könnte.

Vor allem aber: die Verwirklichung dieser Pläne würde nicht eine Reichsreform bedeuten, sondern eine Zerreißung des Reichs!

Als seinerzeit die Pläne zur sogenannten „kleinen Reichsreform" abgeschlossen wurden, wurde ebenfalls eine unterschiedliche Behandlung Preußens und der übrigen Länder vorgesehen, aber die Bedenklichkeit dieser Pläne wurde gemildert durch den unverkennbaren Zug zu immer größerer Reichseinheit, der durch das Projekt hindurchging, durch die Tendenz zu größerer „Verreichlichung", wie man damals in schauderhaftem Deutsch sagte.

Die Pläne von heute aber führen nicht zu größerer Einheit des Reichs hin, sondern sie zerstören die Reichseinheit! Die Zerschlagung Preußens und die Umgestaltung seiner Provinzen zu Reichsländern soll erkauft werden durch eine verhängnisvolle Auflockerung der Beziehungen zwischen den übrigen Ländern und dem Reich, mit dem Zugeständnis einer Selbständigkeit, die die geltende Verfassung nicht kennt! Neben das Reichsland Preußen tritt ein Kranz von Ländern, die weniger fest zum Reich gehören, an die Stelle eines einheitlichen festen Gefüges ein Kern mit einer lockeren Außenschicht!

An die Stelle der deutschen Einheit tritt eine deutsche Zweiheit!

Eine Fülle von Problemen knüpft sich an dies Projekt. Was ist aus dem Gedanken der politischen Flurbereinigung in Norddeutschland geworden? Warum wird neben den Ländern Bayern, Baden, Württemberg und Sachsen nicht auch Hessen aufgeführt? Wie würde künftig die Konstruktion des Reichsrats aussehen? Verfolgt man diesen Plan des Kabinetts der Barone in seine Konsequenzen, so erkennt man, daß er weit rückwärts führt in die Vergangenheit, nicht nur bis zur Bismarckschen Konstruktion, sondern zurück bis in die Vorstufen deutscher Reichseinheit vor 1871!

Aus der einheitlichen deutschen Republik müßte nach diesen Plänen ein Konglomerat von Ländern verschiedenen Rechts und verschiedener Reichsnähe werden!

Wird das einheitliche Band erst aufgelockert, so ergeben sich weitere Perspektiven! Wenn beispielsweise Bayern, wie es angedeutet wird, eine Ausnahmestellung und die finanzielle Unabhängigkeit vom Reich erhält, so werden die monarchistischen Tendenzen in Bayern größere Chancen haben als heute!

Diese Pläne enthüllen stärker als anderes die verderbliche Rolle des Kabinetts der Barone und seinen reaktionären Charakter! Der Kern dieser Pläne für die Kräfte, die hinter Papen stehen, ist die Eroberung Preußens auf dem Wege über diese sogenannte „Reichsreform". Sie wollen die Duldung ihrer Machteroberung und Machtbefestigung in Preußen bezahlen mit einer Auflockerung des Gefüges des Reichs! Der Agrar- und Industriefeudalismus will sich in Preußen in Gestalt des Kabinetts der Barone so festsetzen, wie seinerzeit das Herrenhaus in Preußen festsaß und jeden Fortschritt und jede Entwicklung zur Demokratie hemmte. Nicht von ungefähr wird gerade jetzt das Drängen von Stahlhelm und anderer Organisationen stärker, die von der Regierung Papen eine Abschaffung des demokratischen Parlaments fordern!

Die treibenden Kräfte, die Junker und die Schloßbarone, wollen lieber Deutschland als buntscheckige Musterkarte von Ländern verschiedener Verfassung, als eine demokratische Reichseinheit!

Das verbirgt sich hinter den Projekten, die in unverantwortlichen Kreisen geschmiedet werden! Die Reaktion will Preußen erobern. Sie will Preußen ohne preußische Volksvertretung beherrschen. Sie will ihre Macht durch das Kommando über die preußischen Exekutivorgane stabilisieren wie einen rocher de bronce. Für die Volksrechte bleibt da kein Raum mehr!

Es ist ein Projekt das für die norddeutsche Reaktion charakteristisch ist! Diese norddeutsche reaktionäre Macht würde wie eine Pickelhaube die Länder überschatten, deren Verbindung zum Reich gelockert werden soll; sie würde wie ein Alpdruck über den Ländern liegen und die Kräfte der Freiheit und der Demokratie niederdrücken, die sich in

Neurath an Henderson.

Der Wortlaut des Absagebriefs.

Der Absagebrief der Reichsregierung an die Abrüstungskonferenz ist am Donnerstag dem Präsidenten der Konferenz, Henderson, übermittelt worden. Der Brief lautet:

„In den Verhandlungen der Generalkommission, die der Annahme der Resolution vom 23. Juli d. J. vorausgingen, hat der Führer der deutschen Delegation die Gründe dargelegt, aus denen die deutsche Regierung diese Resolution ablehnen mußte. Er hat dabei ausgeführt, daß nach dem Stande der Konferenzverhandlungen die Frage der Gleichberechtigung der entwaffneten Staaten nicht mehr länger ohne Lösung bleiben dürfe. Dementsprechend hat er bei diesem Anlaß die Erklärung abgegeben, daß sich die deutsche Regierung

an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht beteiligen könne,

bevor eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfolgt sei.

Nachdem die Resolution gleichwohl zur Annahme gelangt ist, steht schon jetzt fest, daß die künftige Abrüstungskonvention außerordentlich weit hinter dem Entwaffnungsregime des Versailler Vertrages zurückbleiben und daß sie sich von diesem hinsichtlich der Art und Weise der Abrüstung wesentlich unterscheiden wird. Damit die Frage unmittelbar aktuell geworden, wie es mit der Anwendung des künftigen Regimes auf Deutschland werden soll. Es liegt auf der Hand, daß ohne Beantwortung dieser Frage eine Regelung der einzelnen konkreten Punkte des Abrüstungsproblems nicht möglich ist.

Nach Ansicht der deutschen Regierung kann nur eine Lösung in Betracht kommen, die Lösung nämlich, daß

alle Staaten in bezug auf die Abrüstung denselben Regeln und Grundsätzen unterworfen werden

und daß für keinen Staat ein diskriminierendes Ausnahmeregime gilt. Es kann Deutschland nicht zugemutet werden, an den Verhandlungen über die in der Konvention festzulegenden Abrüstungsmaßnahmen teilzunehmen, solange nicht feststeht, daß die gefundenen Lösungen auch auf Deutschland Anwendung finden sollen.

Um diese Voraussetzung für ihre weitere Mitarbeit in der Konferenz so schnell als möglich zu verwirklichen, hat sich die deutsche Regierung inzwischen bemüht, eine Klärung der Frage der Gleichberechtigung auf diplomatischem Wege herbeizuführen. Leider muß festgestellt werden, daß die deutschen Bemühungen bisher

zu keinem befriedigenden Ergebnis

geführt haben. Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern genötigt, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die deutsche Regierung der Einladung zu der am 21. September d. J. beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht Folge leisten kann.

Die deutsche Regierung ist nach wie vor der Ueberzeugung, daß eine radikale Durchführung der allgemeinen Abrüstung im Interesse der Sicherung des Friedens dringend geboten ist. Sie wird die Arbeiten der Konferenz mit Interesse verfolgen und sich je nach deren Verlauf über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden."

•

Ueber die weitere Behandlung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Reichsregierung nicht beabsichtigt, die am letzten Sonntag überreichte französische Note schriftlich zu beantworten. Sie bedauert feststellen zu müssen, daß diese Note das Problem der Gleichberechtigung sowohl in seinen Voraussetzungen wie in seinen Folgen unrichtig auffaßt und daß sie in keinem wesentlichen Punkte eine Annäherung an den deutschen Standpunkt zeigt, wie er in dem deutschen Memorandum vom 29. August dargelegt wurde. Von einer Fortsetzung des Meinungsaustausches auf dem Wege des Notenwechsels glaubt die Reichsregierung sich keine Förderung der Sache versprechen zu können. Selbstverständlich ist sie aber nach wie vor zu einem Meinungsaustausch auf dem Wege mündlicher diplomatischer Unterhaltungen bereit. Der Reichsaußenminister hat am Freitag den französischen Botschafter in Berlin empfangen und ihm eine entsprechende Mitteilung gemacht. Im gleichen Sinne sind auch die übrigen Regierungen verständigt worden, die von der Reichsregierung mit der Angelegenheit befaßt worden waren.

Weitere zehn Jahre polnisch-französisches Militärbündnis?

Wie die kommunistische „Humanité" meldet, ist der französisch-polnische Militärvertrag, der am 15. September abgelaufen ist, von der französischen Regierung nicht gekündigt worden. Der Verzicht auf die Kündigung bedeutet nach Artikel 11 des Abkommens, daß der Vertrag auf weitere zehn Jahre verlängert werde.

Süddeutschland von jeher freier geregt haben! Für diese Länder „alter Ordnung“ bliebe dann nur die Wahl, vor dem norddeutschen Agrar- und Industriefeudalismus zu kapitulieren — oder sich zu separieren.

Die deutsche Demokratie hat in schwerster Zeit die Reichseinheit behauptet und befestigt. Die Herrschaft der Junker und der Schlotbarone bedroht die Einheit des Reichs, sie will die Nation um hundert Jahre zurückwerfen! Sie führt nicht zu einem starken Reich, sondern zu Schwäche und Auflösung!

Reaktion gegen die Volksrechte bedeutet Zerstörung des Reichs!

Wir erheben leidenschaftlichen Protest gegen diese Pläne! Die Reaktion wirft die Maske ab. Es gilt, nicht nur die Volksrechte, es gilt Deutschland als Einheit vor ihr zu retten!

Bayern dementiert.

Widerspruch gegen die Reichspläne.

München, 16. September. (Eigenbericht.)

Die bayerische Regierung wendet sich in einem Dementi gegen Gerüchte, die von einem Kuhhandel zwischen ihr und der Papen-Regierung hinsichtlich der Reichsreform wissen wollen. Diesen Gerüchten zufolge soll der zum Gelegenheitskurier für die süddeutschen Länder ernannte Freiherr von Lersner, der zur Zeit in München weilt, dem bayerischen Ministerpräsidenten folgendes Angebot gemacht haben:

Schon in nächster Zeit würde eine völlige Personalunion zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung hergestellt und darüber hinaus auch die preußische Verwaltung mit der Reichsverwaltung vereinigt. Die preußischen Provinzen sollen die Form sogenannter Reichsländer erhalten; Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen dagegen als Länder alter Ordnung mit verstärkter Selbständigkeit bestehen bleiben. Zu diesem Zwecke würden ihnen wesentliche Teile ihrer früheren finanziellen Selbständigkeit vom Reich zurückgegeben.

Diesem angeblichen Angebot setzt die zuständige bayerische Stelle ein energisches Dementi entgegen. Freiherr von Lersner habe dem Ministerpräsidenten lediglich einen Höflichkeitsbesuch abgestattet. Dabei sei keinerlei sachliche Unterhaltung über das Problem der Reichsreform gepflogen worden. Dem angeblichen Plan der Reichsreform stehe die bayerische Regierung nach wie vor ablehnend gegenüber. Im besonderen verwerfe sie grundsätzlich eine Totalfusion Preußens mit dem Reich. Nach ihrer Auffassung genüge es zur Beseitigung des sogenannten Dualismus zwischen Preußen und dem Reich vollständig, wenn eine Personalunion in der Richtung verschiedener Ministerien herbeigeführt werde. Eine Entstaatlichung Preußens beschwöre nach ihrer Ansicht die Gefahr herauf, daß sich im Norden ein völlig einheitlicher staatlicher Block bilde, dessen Macht innerhalb des Reiches bald so groß sein müßte, daß die süddeutschen Länder darin aufgingen und dadurch die Unitarisierung des Reiches vollendet wäre. Dagegen wehre sich Bayern mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln.

*

Die zuständigen Stellen im Reich bestreiten diese Pläne nicht, von unterrichteter Seite werden sie vielmehr bestätigt.

Lügen über das Reichsbanner.

Stänkereien von Außenstehenden.

Einige Berliner Sensationsblätter verbreiteten in den letzten Tagen wiederholt falsche Nachrichten über das Reichsbanner. Der Beschluß des Bundesvorstandes, die Mitgliedschaft in der Sozialrepublikanischen Partei mit der Zugehörigkeit zum Reichsbanner für unvereinbar zu erklären, soll im Reichsbanner eine starke Opposition hervorgerufen haben.

Diese Behauptungen stimmen nicht. Vielmehr ist durch diesen Schritt des Bundesvorstandes der Versuch einer außenstehenden Gruppe, das Reichsbanner zu parteipolitischen Zwecken zu mißbrauchen, unterbunden worden. Es wird weiter behauptet, daß ein solcher Beschluß nur von sozialdemokratischen Mitgliedern des Bundesvorstandes gefaßt worden ist. Demgegenüber stellt die Bundespressestelle des Reichsbanners ausdrücklich fest, daß an der Beschlußfassung und Beschlußformulierung Vertreter des Zentrums und der Deutschen Staatspartei teilgenommen haben.

Bewußte Lügen stellen aber die Behauptungen dar, daß das Reichsbanner zu einer Parteigruppe der Sozialdemokratischen Partei gemacht werden soll. Das Reichsbanner ist sich bewußt, daß es seine Aufgaben als überparteiliche republikanische Organisation zu erfüllen hat.

Ebenso falsch ist die Behauptung, das Reichsbanner beabsichtige, die schwarzrotgoldene Fahne aufzugeben. Das Reichsbanner wird nach wie vor das schwarzrotgoldene Banner als das Sturmbanner der Republik den Freiheitskämpfern vorantragen.

Herunter mit den Fürstenrenten!

Ein Beschluß im Württembergischen Landtag.

Stuttgart, 16. September. (Eigenbericht.)

Der Finanzausschuß des Württembergischen Landtags nahm am Donnerstag einen sozialdemokratischen Antrag an, in dem die Regierung ersucht wird, mit Rücksicht auf die angespannte Lage der Staatsfinanzen und die schweren Notstände in weitesten Kreisen der Bevölkerung mit dem Haus Württemberg wegen einer Ermäßigung der Leistungen des württembergischen Staates an dieses Haus oder an einzelne Mitglieder desselben mit größter Beschleunigung in Verhandlungen einzutreten.

Das kommunistische Mitglied des Ausschusses beantragte im Verlauf der Beratungen, alle Zahlungen des Staates an das Haus Württemberg sofort einzustellen, worauf von sozialdemokratischer Seite erwidert wurde, daß dieser Antrag dem Haus Württemberg nur den billigen Triumph eines obsiegenden Urteils in einem gegen den Staat angestrengten Zivilprozeß verschaffen würde, da die Leistungen des Staates auf einem rechtsgültigen Vertrage beruhen, so daß der Staat schließlich nur noch die nicht unerheblichen Kosten des Rechtsstreits zu den bisherigen Leistungen zu tragen hätte. Der Berichterstatter des Ausschusses, der Nationalsozialist Blankhorn, beantragte, in dem sozialdemokratischen Antrag die Worte „wegen eines völligen Verzichts auf Leistungen“ zu ersetzen durch die Worte „wegen einer Ermäßigung der Leistungen“.

Bei der Abstimmung erhielt der kommunistische Antrag nur die Stimme des Antragstellers. Der nationalsozialistische Abänderungsantrag wurde gegen drei sozialdemokratische und eine kommunistische Stimme und der so abgeänderte sozialdemokratische Antrag dann mit allen Stimmen gegen die des Kommunisten angenommen.

Angriff auf die Gewerkschaften?

Gerüchte und Pläne. – Die Regierung weiß von nichts.

Der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, gibt Gerüchte wieder, nach denen die Reichsregierung die Absicht habe, die Gewerkschaften aufzulösen. An zuständiger Stelle hat man auf Anfrage erklärt, „diese Gerüchte seien so phantastisch, daß man sie nicht erst zu dementieren brauche“. Die Reichsregierung kenne diese Gerüchte übrigens noch gar nicht und außerdem würde der Reichsarbeitsminister am Sonntag in Düsseldorf vor den Gewerkschaften (vor welchen Gewerkschaften?) eine längere Rede halten.

*

„Der Deutsche“ bemerkt dazu, daß im Hotel „Kaiserhof“ eine Anzahl „Wirtschaftsführer“ getagt hätten und daß an dieser Tagung auch der Reichswirtschaftsminister und der Leiter des Statistischen Reichsamts Dr. Wagemann teilgenommen hätten. Bei dieser Gelegenheit habe man über die Gewerkschaften gesprochen und es hätten sich Tendenzen gezeigt, die dahin gingen, die autoritäre Regierung Papen zu benutzen,

„um die Existenzbasis der Gewerkschaften zu zertrümmern und auf diesem Wege zu einer Beseitigung der Gewerkschaften zu kommen“.

Es sei erstaunlich, daß die Regierung, die sonst eine so ausgezeichnete Fühlung mit den Unternehmern halte, von diesen Plänen nicht einmal etwas gehört hätte.

Stünde diese Nachricht in irgendeinem Sensationsblatt, so würden wir davon keinerlei Notiz nehmen. Sie ist in der Tat so phantastisch, daß man darüber nur die Achseln zucken kann. Sie ist aber durchaus nicht so unwahrscheinlich, wie man auf den ersten Blick anzunehmen geneigt ist.

Seit es Gewerkschaften gibt, sind die Unternehmer immer darauf aus gewesen, diese höchst unbequemen Arbeiterorganisationen zu zerstören.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß die Unternehmer den Versuch gemacht haben, durch Massenaussperrungen die Gewerkschaften zum Weißbluten zu bringen. Daß ihnen der Kurs der gegenwärtigen Reichsregierung für ihre Wünsche durchaus geeignet scheint, ist auch nicht überraschend.

Aber wenn man „die Existenzbasis der Gewerkschaften“ zertrümmern will, dann muß man zunächst die kapitalistische Wirtschaftsordnung zertrümmern. Von diesen Absichten ist bekanntlich die derzeitige Reichsregierung weiter als je entfernt. **Das Endergebnis ihrer Politik wird also unausweichlich zu einer Stärkung der Gewerkschaften führen.**

Die französische Riesenkonversion.

Für 85 Milliarden Franken Staatsanleihe werden die Zinsen gesenkt.

Das französische Parlament ist am Freitagnachmittag zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten, um den Gesetzentwurf über die Konvertierung der Renten zu verabschieden. Die endgültige Fassung des Gesetzes erfolgte erst in einer kurz vorher abgehaltenen Sitzung des Ministerrats. Nach dem so glänzend gelungenen englischen Beispiel will die französische Regierung

für nicht weniger als 85 Milliarden Franken (mehr als 14 Milliarden Mark) 5- bis 7prozentige Staatsanleihen aus den Jahren 1915 bis 1928 auf 4½prozentige herunterkonvertieren,

um die französischen Staatsausgaben entsprechend zu senken. Der Finanzminister hat in der Kammer die sofortige Diskussion des Projekts beantragt und der Ministerpräsident Herriot hat angekündigt, daß er für jeden Teil der Vorlage, aber auch gegen jeden Verschleppungsversuch die Vertrauensfrage stellen werde. Die Regierung will die Vorlage in einer Nachtsitzung zur Annahme bringen, um Börsenmanipulationen zu verhindern. Die Pariser Börse wird noch vor der entscheidenden Kammersitzung geschlossen und erst am Montag wieder geöffnet werden.

Der Gesetzentwurf sieht die Konvertierung sämtlicher Renten, Obligationen und Schatzscheine vor, die zu einem höheren Satz als 4½ Proz. verzinst werden, da die neuen Renten mit diesem Zinssatz ausgestattet sind. Bis zum 1. Januar 1939 dürfen die neuen Renten nicht wieder konvertiert werden. Die Titelinhaber müssen sich innerhalb von sechs Tagen nach der Verkündung des Gesetzes entscheiden, ob sie die neuen Renten annehmen oder die Einlösung ihrer Titel verlangen. Die Verzinsung der Renten beginnt am 1. November, ihre Tilgung soll innerhalb 75 Jahren erfolgen.

Für die Kleinrentner,

die durch die Entwertung des Frank bereits schwer geschädigt wurden, sind Vergünstigungen vorgesehen. Die Inhaber müssen aber mindestens 60 Jahre alt, von der Einkommensteuer befreit sein und ihre Titel vor dem 30. November 1920 erworben haben. Unter diesen Bedingungen werden ihnen die zur Konvertierung kommenden Renten und außerdem die drei- und vierprozentigen Kriegsanleihen zum Kurse von 110 Proz. ihres Nominalwertes zurückgekauft und ihnen in entsprechender Höhe Lebensrenten ausgestellt, deren Zinsen nach dem Tarif der Nationalkasse für die Alterspensionen berechnet werden. Dieser Tarif entspricht einer Verzinsung von 11,3 bis 27,2 Proz. je nach dem Alter.

Um etwaige Rückzahlungen vornehmen zu können, verlangt die Regierung in dem Gesetzentwurf die Ermächtigung zur Ausgabe neuer Schatzscheine oder sich von der autonomen Tilgungskasse Mittel zur Verfügung stellen zu lassen. Bestimmte Beträge dafür sind jedoch nicht angegeben. Ein der Vorlage angefügter Anhang enthält ein neues Abkommen zwischen der Regierung und der Tilgungskasse über die Ausgabe der Lebensrenten für Kleinrentner.

In der Begründung der Regierungsvorlage wird die Konvertierung als wesentlicher Faktor zur Besserung der wirtschaftlichen Lage Frankreichs bezeichnet. Der glückliche Ausgang der Lausanner Konferenz, das dadurch wieder angebahnte Vertrauen in der Welt, die internationale Senkung der Zinssätze, der glänzende Erfolg der englischen Konvertierung, die von einer allgemeinen Zinssenkung zu erwartende Senkung des französischen Preisniveaus und die Ersparnisse für das Budget sind die Argumente, mit denen die französische Regierung ihre Transaktionen rechtfertigt.

Der nationalistische Führer Marin begründet seinen Antrag damit, daß die Vergünstigungen für den Kleinrentner, die bereits durch die Frankentwertung 80 Prozent ihres Kapitals verloren haben, nicht ausreichend seien. Selbst Deutschland habe nach einem vollkommenen Bankrott seine Kleinrentner besser behandelt als Frankreich. Außerdem werde die Vorlage zu einer Inflation führen (?). Schließlich hätte die Regierung vorher die notwendige Reform der Staatsfinanzen vornehmen müssen. Auf den Antrag des Finanzministers lehnte die Kammer darauf mit 525 gegen 65 Stimmen den Antrag Marin ab. Das gleiche Schicksal hatten zwei Vermittlungsanträge des Nationalisten Taittinger und eines kommunistischen Redners. Die Fortsetzung der Debatte wurde dann auf eine Nachtsitzung vertagt, die um 10 Uhr begann. **An der Annahme der Vorlagen besteht kein Zweifel, da fast alle Fraktionen beschlossen haben, für sie zu stimmen.**

Die Kampfleitung Berlin der Eisernen Front veranstaltet am

Dienstag, 20. September, 19½ Uhr,

im **Sportpalast,** ihre

erste Wahlkundgebung

Musikalische Darbietungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Fahneneinmarsch der Sportler.

Redner: **Otto Wels** und **Paul Löbe.**

Kasseneröffnung 17 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf., für Erwerbslose (Vorzeigung der Stempelkarte) 10 Pf.

Koburg fast pleite!

Erfolg nationalsozialistischer Kommunalpolitik.

Die Wahlkämpfe des Jahres 1932 haben die Nationalsozialisten mit einer erbärmlichen und lügnerischen Propaganda über Nazi-Koburg geführt, das sie als Beispiel für das „Dritte Reich“ priesen. Wie es in Wahrheit um Koburg steht, zeigt folgender Bericht:

Die Stadt Koburg ist in schwerer Finanznot. Ihr Etat weist, fünf Monate nach Beginn des Etatsjahres, ein Defizit von etwa 465 000 Mark auf. Der im Haushaltsvoranschlag für die Beschäftigung der Wohlfahrtserwerbslosen eingesetzte Betrag von 230 000 Mark war bereits Ende Juli verbraucht, obwohl die Löhne der Wohlfahrtsarbeiter sehr stark, zum Teil fast um ein Drittel gekürzt wurden. Man hat errechnet, daß bis zum Jahresschluß noch mindestens 350 000 Mark gebraucht werden. Die Umsätze in den Städtischen Werken sind geradezu katastrophal zurückgegangen. Der unter nationalsozialistischer Mehrheit stehende Magistrat der Stadt hat einen Hilferuf an die bayerische Regierung gerichtet, in dem ganz offen von dem Zusammenbruch der Stadt Koburg gesprochen wird, wenn nicht in den nächsten Tagen Hilfe erscheine. Kreditmöglichkeiten hat die Stadt nicht, da sie ohnehin schon den bei der Städtischen Sparkasse und bei der Bayerischen Staatsbank eingeräumten Kredit überzogen hat.

Die Märchen von dem nationalsozialistischen Wunderland Koburg, wo ohne Bürgersteuer der Haushalt ausgeglichen sei, wo niemand ohne Arbeit umhergehen müsse, sondern jeder Erwerbslose von der Stadt Beschäftigung erhalte, sind damit mit einer Gründlichkeit zusammengebrochen, die jeder voraussehen mußte, der sich unvoreingenommen mit den Ziffern des städtischen Haushaltsplans beschäftigte.

Der nationalsozialistische Bürgermeister Schwede hatte zwar in seiner Etatrede, die seinerzeit durch die gesamte nationalsozialistische Presse ging, von dem „einheitlichen, eisernen, zielbewußten Aufbauwillen“ der Herrscher von Koburg gesprochen, „der, wenn es sein muß, Berge versetzt“ — aber von all den prahlerischen Sprüchen ist nichts übrig geblieben. Die Leichtfertigkeit und Unfähigkeit der Führer von Koburg ist enthüllt.

Willkürliches Verbot aufgehoben.

Rostock, 16. September.

Der Reichsminister des Innern hat das von der Mecklenburg-Schweriner Staatsregierung ausgesprochene achttägige Verbot der beiden sozialdemokratischen Zeitungen „Mecklenburgische Volkszeitung“ in Rostock und „Freies Wort“ in Schwerin ab heute aufgehoben. Das Verbot der beiden Zeitungen sollte noch bis einschließlich 17. September dauern.

Nazithüringen maßregelt. Der Leiter des Wilhelm-Ernst-Gymnasiums in Weimar, Oberstudiendirektor Professor Dr. Siefert, der vor längerer Zeit einen Konflikt mit dem damaligen nationalsozialistischen Innenminister Dr. Frick gehabt hatte und der jetzt auf Veranlassung des thüringischen Volksbildungsministeriums nach Sonneberg versetzt werden sollte, hat um seine Pensionierung nachgesucht. **Die Deutsche Volkspartei, Ortsgruppe Weimar, hat gegen die Maßregelung Dr. Sieferts Protest eingelegt.**

Woher des Wegs, wohin?

Durch Arbeitskampf zur Arbeiterregierung!

Von Otto Friedlaender.

Wir geben dem nachdenklichen Aufsatz des Genossen Friedländer als anregenden Beitrag zu einer Diskussion über die Aufgaben der Partei gern Raum, ohne uns alle Einzelheiten zu eigen zu machen. Red. d. „Vorwärts".

In einzelnen Menschen und an einzelnen Tagen gewinnen historische Entwicklungen plötzlich so stark an Gehalt und Gestalt, daß der Beobachter geneigt ist, von ihnen aus einen Umschwung des Geschehens zu datieren. Zu solchen Daten wird auch der 20. Juli gehören. Denn an diesem Tage wurde erfolgreich der Versuch gemacht, jenen Waffenstillstand aufzukündigen, den, sozial gesehen, die Verfassung von Weimar zwischen der Arbeiterschaft und Angestelltenschaft und den bürgerlichen Kreisen errichtet hatte.

Mehrfach bereits hatte die Reaktion an das Tor der Republik gepocht: beim Kapp-Putsch, zu Zeiten der Regierung Cuno, beim Sturze des Kabinetts Hermann Müller und zuletzt und am dringlichsten bei der eigenartigen Kürung der „obrigkeitlichen" Papen-Regierung. Mit dem 20. Juli aber wurde offenkundig, was Viele seit Jahren hatten kommen sehen. Unter dem Druck der Krise und der Zutreiberarbeit der Nationalsozialisten für die Kaders der antidemokratischen Mächte zerbrach eine Herrschaftsordnung, die für die Arbeiterschaft Großes geleistet hatte, aber dank der Zersplitterung des Proletariats von ihr nicht so gehalten wurde, wie man sein eigenes Ich zu erhalten trachtet.

Mögen die Kritiker kommen und feststellen, daß bereits seit geraumer Zeit in Preußen eher verwaltet als regiert worden ist, daß ein bedauerlicher Mangel an Machtwille und Phantasie von Anbeginn der Revolution an solche Fehler, wie die Preisgabe der Reichswehr durch die kampfmüde Arbeiterschaft, eine allzu nachgiebige Koalitionsfreudigkeit und ein zu wenig kampfbewußtes Verhalten während der an sich richtigen Tolerierungsperiode erzeugt hatten. Sie werden damit nicht entschuldigen können, daß am 20. Juli jener Massenwillen nicht bestand, der allein Massenaktionen hätte gebären können. War von der einen Seite gegen die Preußenregierung bis zum letzten Tage ihres Seins unermüdlich Sturm gelaufen worden, so war auf der anderen Seite der Kampfesmut durch die Jahre des Krieges, der Inflation und die lange dauernde Krise zermürbt worden, wobei allerdings auch nicht vergessen werden darf, daß es psychologisch als ausgeschlossen erscheinen muß, jahrelang zu dämpfen, um plötzlich zu kämpfen.

Zwecklos wäre es, über diese Tatsachen in langwierige Grübeleien zu verfallen und sich in der Aufrollung persönlicher Schuldfragen zu gefallen, so wenig von der Hand zu weisen ist, daß Jugend, die nicht immer eine Sache des zahlenmäßigen Altersstandes, sondern eher das Merkmal einer gewissen Frische der Entschlußkraft und Kühnheit des Denkens ist, Menschen gefehlt hat, die es gelernt hatten, Partei und Gewerkschaften zu verwalten, den Zeiten aber längst entwöhnt waren, wo es galt, sie als Kampfmittel mit jäher Stoßkraft einzusetzen. Das Schimpfen darüber allerdings, daß eine solche Entwicklung erst in neuerlicher Zeit frisch sprudelnde Quellen zum Versiegen gebracht habe, geht fehl, denn, wer darüber Klage führt, daß wir zeitweilig mehr Organisation denn Bewegung gewesen seien, müßte mit seiner Klage auch bereits die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit treffen, in der der Geist des „Wahlvereins" oft so stark war, daß er nicht nur die Kritik von Marx und Engels, sondern vieler Parteitagsdebatten erzeugte. Für die wenig revolutionäre, dafür aber beharrliche und treue Geisteshaltung des deutschen Arbeiters, sind die Jahrhunderte seiner militärisch-feudalen Erziehung nicht weniger maßgebend gewesen, als die gesamten Lebensumstände, die zwischen die religiöse Weite des Ostens, die herbe Realistik des Nordens und die nach Klarheit und Befreiung strebende Geistigkeit des Westens die „organisierte Unordnung" des deutschen Menschen stellte.

Eine wirkliche Revolution, die auch eine Revolutionierung der Herzen ist, und sich nicht in äußerlichen Emblemen erschöpft, sind wir der Geschichte noch schuldig geblieben. Und was man 1918 durch einen Zusammenbruch erhalten hatte, war nicht erkämpft genug, um beständig zu sein. Der Weg, den wir zu gehen suchten, war kein Fehlweg, selbst wenn er unter den Unwettern der Krise sich als nicht weiter gangbar erweisen sollte. Die Mitarbeit der Sozialdemokratie am Staate von Weimar hat ein sozialpolitisches Werk geschaffen, das in der Welt mit Fug und Recht seinesgleichen suchen konnte. Experimente andererseits, wie sie kommunistische Sektierer erhofften, waren für Deutschland von Anfang an unmöglich, und die wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit Rußlands, die breite agrarische Basis, auf der ein jahrelanges Stillegen des Industrieapparates noch erträglich scheinen mochte, war für Deutschland ebenso ausgeschlossen, wie die gewaltsame Ablösung von Gläubigerländern, deren raschen Zugriff wir, wie der Ruhrkonflikt zeigte, ganz anders ausgesetzt waren, als das unendlich weite, durch eisige Winter geschützte Moskowiterreich. Dazu kam, daß in Deutschland es nicht genügen konnte, einige wenige Machtzentren zu besetzen, so wie es die 1917 waffentragenden Arbeiter in dem Lande der unermeßlichen, unorganisierbaren und daher widerstandslos ihrer Herrschaft preisgegebenen Weiten tun konnten. Wer in Deutschland herrschen will, muß herrschen von Tilsit bis Konstanz, von Eckernförde bis Dinkelsbühl. Damit ergab sich auch von vornherein die Sinnlosigkeit all jener Putschversuche, auf deren Boden in Bayern, in Thüringen und in Sachsen der Nationalsozialismus erst seine Hakenkreuze aufzurichten vermochte.

Ist also die kommunistische politische Weisheit, weil sie von Moskau dirigiert wird und der deutschen Eigenart nicht gerecht zu werden vermag, abzulehnen und jedem von ihr gewollten Einheitsfrontmanöver der schärfste Kampf anzusagen, so ist doch der Gedanke einer Einheitsfront selbst so zeitgemäß und im tiefsten Sinne notwendig, daß die Sozialdemokratie ihre größte Aufgabe darin sehen muß, auch all jenen Wählermassen, die heute noch dem Scheinradikalismus nachlaufen, eine lebendige politische Heimstätte zu bieten.

Die Sozialdemokratie kann das um so eher tun, als die Erkenntnis, die leider noch nicht in alle Parteikreise gedrungen ist, daß das, was sich zur Zeit in Deutschland vollzieht, nicht nur ein „seltsames Zwischenspiel" ist, sondern einen wirklichen Wendepunkt bedeutet, dazu führen muß, unsere Haltung gegenüber dem Staat neu festzulegen. Nicht etwa in jenem jämmerlichen Sinne, daß man gewissermaßen aus dem Staate herauszulaufen trachtet und der Regierungsgewalt gegenüber reagiert mit einem knechtseligen: „Betrifft mich nicht", sondern der Kampf um die Eroberung der Staatsmacht muß geführt werden in der Erkenntnis, daß, wenn irgend möglich, auf dem Boden von Weimar, wenn er aber von anderen erschüttert sein sollte, auf neuem Boden der Kampf um die ganze Macht der Arbeiterschaft geführt werden muß.

Es ist dabei nicht notwendig, daß es sich nur um die Herrschaft unserer eigenen Partei handele, auch Koalitionen mit anderen Gruppen sind möglich. Aber eines müssen wir als unveräußerliche Erkenntnis aus unseren historischen Erfahrungen erlangt haben: Regierungen können nur regieren, wenn ein einheitlicher Klassenwille gegenüber allen sozialen und wirtschaftlichen Fragen sie trägt! Der Klassenkampf im Kabinett ist der Todeskeim im Willensnerv einer jeden Regierung! Eine Arbeiterregierung, genauer gesagt, eine Regierung jener überwiegenden Teile der deutschen Bevölkerung, die zur Arbeiterschaft und Angestelltenschaft gehören, ist das Ziel, zu dessen Erreichung es nicht unbedingt der eigenen Mehrheit derer bedarf, die die Herrschaft erstreben, die aber auf keinen Fall gegen eine aktiv handelnde Mehrheit Andersdenkender regieren können. Die tiefste Weisheit der Demokratie heißt in diesem Sinne nicht Mehrheit der Stimmen, sondern Mehrheit der Zustimmungen!

1918 wäre, wenn außenpolitisch die Situation es gestattet hätte und die Kraft der Arbeiterschaft nicht durch Bruderkämpfe gelähmt worden wäre, mit weniger als 50 Proz. der Stimmen mehr zu erreichen gewesen, als in den letzten Jahren mit 60 Proz. der Stimmen, denn nicht allein, wen man für sich hat, ist von Belang, sondern von größerer Bedeutung ist, wer gegen den Willen des Regierenden steht. Die alte Lassallesche Erkenntnis, daß die Verfassung nicht nur ein Stück Papier sei, sondern auch auf der Macht der Fabrikherren, der Bankmagnaten und der Bajonette beruhe, hat die Regierung v. Papen erkannt, die an sich aus jener schmalen Herrenschicht besteht, die der Hader zwischen klassenbewußtem und klassenunbewußtem Proletariat in gegenseitigem Druck jäh nach oben gepreßt hat. Sie stützt sich allein auf diese Mächte und ist gewiß vorkommendenfalls bereit, aus jener Fibel der Verfassungsverletzung, die ihr der Staatsrechtler Carl Schmitt kürzlich geschrieben hat, die entsprechenden Folgerungen zu ziehen.

Dann werden wir vorkommendenfalls ihr gegenüber die Rechte des arbeitenden Volkes verteidigen, zugleich aber aus ihrem Handeln für unser Verhalten die notwendigen Schlüsse zu ziehen haben, so wie es Otto Wels bereits vor Jahren gefordert hat. — Wenn gegen diese Regierung des Neufeudalismus das Proletariat unter unserer Führung den Kampf aufnehmen soll, so wird es in Zeiten der stärksten Wirtschaftserschütterung gewiß richtig sein, gegenüber den Phantomen vom Dritten Reich und vom Sowjetparadies unseren Weg zu einer sozialistischen Planwirtschaft aufzuweisen. Es wäre aber verfehlt, wenn wir dem Gedanken Nahrung geben würden, daß wir uns aus Ohnmacht in der Gegenwart in den Gedankenreichtum der Zukunftsphantasie flüchten wollten.

Zukunftsbilder auszumalen, sind Nationalsozialisten und Kommunisten noch nie verlegen gewesen, und der Mangel an realem Wissen macht ihre Bilder nur um so kühner, phantastischer und verheißungsvoller. Diesen Expressionisten der Politik gegenüber sind wir aber stark in der Sachlichkeit unserer Kenntnis und in der Realität unserer Waffen. Die Regierung v. Papen hat durch ihre Notverordnung gezeigt, wo das Feld unseres Kampfes liegt. Es liegt im täglichen Ringen um Lohn und Gehalt und um soziale Rechte. Der Aufruf zum Volksentscheid ist darum neben dem wirtschaftlichen Umbauprogramm eine der begrüßenswertesten Meinungsäußerungen der Partei, und wenn der Kampf um die Besserstellung der Arbeiterschaft, der jetzt wieder — dank Herrn v. Papen — stärker als Jahre zuvor in den einzelnen Betrieben geführt werden muß, auch die Aktivität jedes einzelnen Arbeiters erfordert, dann ist für uns die richtige Plattform gefunden, auf der wir wieder vorankommen können. —

Stärkste Heranziehung der Jugend zur Werbung und Agitation, aber auch zur verantwortlichen Mitarbeit an der Führung der Partei wird auch der großen Masse der außenstehenden Jungarbeiter beweisen, daß wir die Sprache dieses Jahrhunderts sprechen und von einer mitunter naiv anmutenden Fortschrittsgläubigkeit des 19. Jahrhunderts zum Formungswillen unserer Zeit den Anschluß gefunden haben. Mögen dann bürgerliche Besserwisser von hier und dort mit Rezepten herangeeilt kommen, dann werden wir ihnen die Losung entgegenzustellen vermögen, die bei uns jung und alt als Parole nicht nur dieses Wahlkampfes, sondern als Wegweiser kommender Tage eint:

Durch Arbeitskampf zur Arbeiterregierung!

Der Beschwerer.

„Hier liegt die Reichsverfassung."
„Und diese Figur?"
„Dient als Briefbeschwerer."

Neue Bankensanierung?

Bankrott der privaten Unternehmerinitiative.

Die „Frankfurter Zeitung" bringt eine höchst sensationelle Meldung. Danach steht die Gründung einer „Amortisationskasse" bevor, welche alle eingefrorenen Forderungen der Banken und bei Sanierungen anfallenden Aktienpakete übernehmen soll. An der Amortisationskasse sollen sich die Golddiskontbank, die Akzeptbank und die Bank für Deutsche Industrieobligationen beteiligen; die Reichsbank soll einen Rückhalt für die Finanzierung gewähren. Mit Sachverständigen aus Bankkreisen sei für die Entwicklung des Planes bereits Fühlung genommen. Als Begründung wird angeführt, daß man die kommende Bilanzaufstellung der Banken und die Rückgewinnung ihrer Liquidität erleichtern wolle, um den Banken damit die Gewährung neuer Kredite an die Wirtschaft zu ermöglichen.

Was hier angekündigt wird, ist eine neue Sanierung, besonders der deutschen Großbanken in einem die Sanierung vom Februar wahrscheinlich noch übersteigendem Maße. Der Kern dieser Sanierung würde wahrscheinlich die Bereinigung der Bankdebitoren, das heißt eine Industriesanierung von Riesenumfang sein. Der vollständige Bankerott der privaten Unternehmerinitiative kann nicht deutlicher bewiesen werden als durch diesen neuerlichen Versuch des Staates, in die privatkapitalistische Wirtschaft wieder Ordnung zu bringen. Das Papen-Programm will die Leiche der privatkapitalistischen Initiative mit Kampferspritzen zu neuem Leben erwecken. Die deutsche Oeffentlichkeit muß erkennen, daß es gegenüber diesem im tiefsten Grunde versagenden kapitalistischen System nur noch einen Weg gibt, nämlich den grundsätzlichen Umbau der Wirtschaft!

SPEZIAL-ANGEBOTE unserer Abteilungen KORSETTE, DAMENWÄSCHE

Flanellpyjamas einfarbig, mit gemustertem Besatz, St. 2,95
Flanellpyjamas durchgeknöpfte Form, gute Qualität ..... Stück 3,75
Flanellpyjamas sehr aparte neue Druckmuster .. Stück 5,50
Barchent-Nachthemden weiss, mit farbiger Weste ...... Stück 2,45
Barchent-Nachthemden farbig, mit geblümtem Besatz .. Stück 3,90

Nachtjacken gute Barchentware, hochgeschlossener Kragen mit Stickerei .... Stück 1,95
Schlüpfer angerauht, kunstseidene Decke, Stück 1,45
Unterkleider angerauht, kunstseidene Decke, Stück 2,95
Farbige Hemden mit aparter Garnierung .... Stück 0,95
Handarbeitshemden reich gestickt, guter Wäschestoff, Stück 1,45
Nachthemden farbig, apart besetzt .... Stück 1,95
Kunstseid. Nachthemden feine Filetware, m. Volant u. Puffärmeln 4,90
Taghemden Waschkunstseide, mit Hohlsäumen, St. 2,95
Hemdhosen Waschkunstseide, mit Hohlsäumen, St. 3,75
Nachthemden Waschkunstseide, reiche Handarb., St. 5,90

Büstenhalter gutes Trikotgewebe, erprobte Form .... Stück 0,45
„Eva" Büstenhalter bekannt guter Sitz ...... Stück von 1,95 an
Sportgürtel guter Brochée, m. 2 Gummiteilen, Stück 1,95
Trikot-Corselets stangenlos, elastisch und schmiegsam, 4 auswechselbare Strumpfhalter .... Stück 2,95
Corselets fester Drell, Charmeuse-Brust, m. od. ohne Rückenschnürung, St. 2,95
Hüfthalter guter Brochée, seitlich zum Haken, lange Form .... Stück 2,95
Hüfthalter feste Qualität, Rückenschnürung, seitlich zum Haken ... Stück 4,50
Corselets guter Brochée, seitlich zum Haken, gutsitzende Form, Magenteil verstärkt .... Stück 4,50

Marken-Fabrikate
wie Felina, Forma, Hautana, Ski, Plastika
in grosser Auswahl

Mengenabgabe vorbehalten — Verkauf soweit Vorrat

Flanell-**Schlafanzug** gute Uniqualität aparte Besätze 3,75 | **Hüfthalter** 2,95 **Büstenhalter** Milanese 0,78 | *Eine Neuheit:* **Büstenhalter-Unterkleid** Charmeuse, mit Spitzenapplikation, hervorragend ausgearbeitete Form 4,90

Für jede Figur
Ringsherum vollbeweglich
„Eva" „Bewegungs-Corselet"
(D.R.P. & D.R.G.M. a.)
Mit auslösbarem Brustteil

HERMANN TIETZ

KORSETT-VORFÜHRUNGEN!

vom 17. bis 24. September 1932, vormittags 11 bis 1 Uhr und nachmittags 3 bis 6 Uhr (Eintritt jederzeit) in den Häusern: Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Wilmersdorfer Strasse

Wir zeigen das „EVA"-Bewegungs-Corselet (D. R. P. und D. R. G. M. a.). Das Corselet ist ringsherum voll beweglich, ermöglicht nach allen Richtungen ein bequemes Bücken und Strecken. Der Brustteil ist vom Hüftteil abzulösen. Ein Ziehen der Strumpfhalter und ein Einschneiden der Achselträger wird vermieden.

Das „Eva"-Bewegungs-Corselet (Spezialformen für starke Figuren) von 9,75 an

---

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

7. **und 8. Kreis.** Juristische Sprechstunde findet heute, Sonnabend, von 17 bis 18 Uhr, im Jugendheim Rosinenstr. 4 statt. Gelegenheit zum Kirchenaustritt.
12. **Kreis. Heute, Sonnabend, pünktlich 19 Uhr, außerordentliche Kreisvorstandssitzung an bekannter Stelle.**
13. **Kreis.** Die Besichtigung des Elektrizitätswerkes Klingenberg kann heute, Sonnabend, nicht stattfinden.
13. **Kreis.** Montag, 19. September, Fraktionssitzung pünktlich in Tempelhof, Dorfstr. 42. Die Mitglieder des Kreisvorstandes werden gebeten, vollzählig zu dieser Sitzung zu erscheinen.
25. **Abt.** Unserem treuen Genossen Hermann Blum zu seinem 70. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. Gleichzeitig aber auch unseren Dank für seine der Partei seit dem 7. Mai 1888 bewiesenen Treue und seine in diesen 44 Jahren für die große Sache der Arbeiterklasse geleistete Arbeit.
92. **Abt.** Besichtigung des Hauses der Jugend, Teupitzer Str. 39. Treffpunkt heute, Sonnabend, 18 Uhr, vor dem Hause.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Helferversammlung am 22. September findet nicht wie bereits bekanntgegeben im Bezirksamt Kreuzberg, sondern in Neukölln, Oberlyzeum, Berliner Straße 10, statt.

Friedrichshain. Der Kreis Friedrichshain veranstaltet gemeinsam mit der FTGB. am 25. September von 13 bis 19 Uhr einen Spiel- und Sporttag auf dem Sportplatz Friedrichshain. Alle anderen Berliner Kreise sind hierzu herzlich eingeladen. Eintrittsplaketten 10 Pf. Mannschaften können sich bis Mittwoch, 21. September, bei Ernst Sämerow, NO. 18, Landsberger Str. 90, melden.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Achtung! Am Dienstag, dem 20. September, fallen alle Gruppenveranstaltungen aus. Wir beteiligen uns geschlossen an der Kundgebung der Partei im Sportpalast.

Montag, 19. September, Vorsitzendenkonferenz im Saal 5 des Preußischen Landtages. Beginn pünktlich 19½ Uhr.

Sonnabend, 17. September:

Hermsdorf: Alle Genossen erscheinen um 19½ Uhr in Falkenkluft im „Alten Forsthaus". — **Köpenicker Viertel:** 18 Uhr Pflichtveranstaltung bei Siebentopf, Muskauer Str. — **Tegel:** Beteiligung an der Werbefeier der Gruppe Hermsdorf. Treffpunkt 18¾ Uhr Normaluhr. — **Gesundbrunnen** II: Fahrt nach Potsdam. Treffpunkt für Bahnfahrer 19½ Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. Fahrgeld 70 Pf. Für Radfahrer 6 Uhr bei Baer. — **Humboldthain:** Baden in der Gerichtstraße. — **Neukölln** VI: Nachtfahrt. Treffpunkt 20 Uhr Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße. — **Werbebezirk Tempelhof:** Spielgruppe „Drei Pfeile" probt 20 Uhr im Heim Götzstraße. Am Montag, dem 19. September, gemeinsame Probe mit der Musikgruppe ebenda. — **Werbebezirk Schöneberg:** Treffpunkt zur Arbeitsfahrt mit den Kinderfreundehelfern nach Rowawes. Radfahrer 18½ Uhr. Bahnfahrer 19½ Uhr. — **Hermsdorf:** Oeffentliche Werbefeier um 20 Uhr im „Alten Forsthaus". Ansprache: Erich Schmidt. Rezitationen, Werbespiel der „Galgenvögel". — **Werbebezirk Reinickendorf:** Beteiligung an der Werbefeier in Hermsdorf, Falkenkluft. — **Zentraler Wanderausschuß:** Wanderauskunft jeden Freitag im Jugendheim Lindenstr. 4, von 17—19 Uhr. — **Norden:** Funktionärsitzung um 19½ Uhr in der „Roten Schule".

Sonntag, 18. September:

Tegel: Treffpunkt 7¼ Uhr Schlieper- Ecke Berliner Straße. — **Hermsdorf:** Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Hermsdorf. Falkentracht.

Wochenrate ab RM. 2.—
Lindcar-Fahrradwerk A.-G.
Unternehmen der Gewerkschaften
Niederlagen in Berlin: **Alte Jakobstr. 148-155** (D. M.-V.-Haus), **Engelufer 31** (Haus des Gesamt-Verbandes)

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Sonnabend, den 17. September
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Wiener Blut
Staatliches Schauspielhaus
20 Uhr
Was ihr wollt

Winter-Garten
8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl.
Das berühmte
DAYELMA - BALLETT
3 Swifts, Rudi Grasl
und weitere Künstler-Truppen
von internationalem Ruf.
Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstelln. 4 u. 8.15 Uhr. 4 Uhr kleine Preise

Schiller Theater
Grolmanstr. 70/71. Stpl. (C. 1) 6715
Heute 8 U. abds. Berliner Uraufführ.
Der 18. Oktober.
Schauspiel v. Walter Erich Schäfer.

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.
Sonntag nachm. 4 Uhr
Nur noch wenige Aufführungen
Annemarie
Volksoperette — Musik von Gilbert
Dazu buntes September-Progr.
Gutschein für die Leser 1—4 Personen
Faut. 0.75 M., Sessel 1.35 M., Park. 0.50 M.

Deutsches Theater
Weidend. 5201.
8 Uhr
Festvorstellung
Rose Bernd
von Gerhart Hauptmann
Regie: Karl Heinz Martin
Kammerspiele
8¼ Uhr
Schicksal nach Wunsch
Komödie v. Christa Winsloe
Regie: Rudolf Beer
Melzer, Ullrich, Riemann, Abel, Brausewetter

LUNA PARK
Sonnabend u. Sonntag
Abschied vom Sommer
Konzert **FEUERWERK** voll. Betrieb
TÄGLICH WELLENBAD

Rose - Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weichsel E 7 3422
5 Uhr
Aschenbrödel
8.30 Uhr
Aerzte im Kampf
11.30 Uhr
Ganovenehre

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
Betrieb Kempinski

Lessing-Theater
Tägl. 8¼ Uhr
Grete Mosheim
Oskar Homolka
in
Pygmalion

SCALA
Tägl. 5 u. 8¼ Uhr
JACK SHEA
WILSON, KEPPEL
BETTY / TOGARE
LAI-FOUN/GENIA
NIKOLAJEWA
TRIO DARESCO
usw.

Städt. Oper
Charlottenburg
Fraunhofer 0231
Turnus IV
Sonnabend, 17 Sept.
Neueinstudierung:
Siegfried
Beginn 19 Uhr
Hartmann, Bindernagel, Rode, Kandl, Gombert, Amerling, Berger, Hedlund
Dirigent: Stiedry

PLAZA
Nähe Schles. Bhf.
5 u. 8½ Uhr, Stgs. 2,5,8½ U.
E 7 Weichs. 4031
Frau im Hermelin

VOLKSBÜHNE
Theater am Bülowplatz
D 1, Norden 2944. Allabendlich 8¼ Uhr
Der Revisor
von **Gogol** - Regie: **Heinz Hilpert**
Curt Bois / Karchow / Hauck / Verhoeven

Stettiner Sänger
Reichshallen-Theater
(Dönhoffplatz)
Merkur A. 6. 1247. Dir. Meisel
Tägl. 8.15 Uhr, Sonntags 3.30 Uhr (ermäßigte Pr.)
Eröffnungsprogramm
mit der Burleske
Freibad Krumme Lanke
Neue Kräfte. Preise 0.50 bis 2.25 M.
Vorverkauf 11—2, 5—9 Uhr.

Theater im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Gitta
Alpar
in
Katharina

Theater d. Westens
bis 25. Septemb.
täglich 8¼ Uhr
Stgs. 4 u. 8¼ U.
Richard
Tauber
in
Dreimäderlhaus

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Fritzi
Massary
in
Eine Frau, die weiß, was sie will!

Pumpen
f. Selbstschließer
— Röhren —
Filter, sämtliche Ersatzteile, illust. Preisliste gratis!
Koblank & Co.
Pumpenfabrik, Berlin N 65
Reinickendorfer Straße 95.

Der billigste Genuß froher Stunden im
Clou
Wieder-Eröffnung Heute

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ortsverein Berlin-Pankow
Sonntag, den 18. September 1932
im Saalbau „Schloß Schönhausen"
Niederschönhausen, Lindenstr. 11:
Großes Wohltätigkeitskonzert
Reichsbannerkapelle Weißensee
zugunsten der erwerbslosen Kameraden
Humoristische u. künstlerische Darbietungen, u. a. Aufführung des Theaterstückes
„Im Fuchseisen"
Die Rede hält Kamerad
Dr. R. Mischler
Tombola, Preisschießen, Kinderbelustigungen, Tanz im Freien u. im großen Saal
Beginn 15 Uhr / Eintritt 0,50 M. (inklusive Tanz und Steuer) / Erwerbslose 0,20 M. (geg. Ausweis) / Kinder unter 14 Jahren frei! / Kaffeekochen, billige Preise!
Republikaner, erscheint alle!

So helfen sich Erwerbslose.

Was Selbsthilfe vermag. – Helft der Notgemeinschaft!

Im Herbst 1931 hat ein kleiner Kreis sozial denkender Menschen, angeregt von dem Gedanken der Selbsthilfe für Erwerbslose, wie er in vorbildlicher Weise in Frankfurt a. M. in Küchenbetrieben zur Durchführung kam, und wie ihn der „Vorwärts" mit Nachdruck propagierte, die „Notgemeinschaft Berlin zur Errichtung von Küchen und Heimen für Erwerbslose" gegründet. Der Verein hat sich zur Aufgabe gemacht, in ausschließlich ehrenamtlich geleisteter Arbeit frei von jeder parteipolitischen Einstellung durch Schaffung von Gemeinschaftsküchen und Tagesheimen die gegenseitige Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe der Erwerbslosen zu fördern, ihnen dadurch billiges, aber gutes und nahrhaftes Essen sowie warme Behausung zu verschaffen und speziell jugendliche Erwerbslose in handwerklicher Arbeit zu beschäftigen, sie durch Sport zu kräftigen und auch durch Vorträge weiterzubilden. Die Vereinigung gibt jetzt einen Rechenschaftsbericht über die bisher geleistete Arbeit heraus, dem wir folgendes entnehmen:

Der Erwerbslose zahlte früher für die Portion nur 10 Pf., der Rest mußte durch Mitgliederbeiträge, Patenschaften und sonstige Spenden (vom Dach-Verein) aufgebracht werden. Im Laufe des Monats Mai wurde im Einverständnis mit den Mitgliedern der von den Arbeitslosen zu zahlende Preis für die Literportion auf 15 Pf. erhöht; damit ist eine Angleichung an den Preis erfolgt, den die Stadt Berlin von den Erwerbslosen für Mittagessen verlangt. Die erste Küche der Notgemeinschaft wurde in Tegel, Lilienthalhof 7, in einer geschlossenen Siedlung aufgebaut. Hier war sowohl der Kreis der verantwortlichen Helfer als auch derjenige der Mitglieder von vornherein gegeben, der Gemeinschaftssinn in weitgehendstem Maße schon vorhanden. Auf kleinstem Raume wurde hier am 1. November 1931 eine Küche eröffnet, die täglich 280 Erwerbslosen ein abwechslungsreiches, schmackhaftes Essen liefert. Nach kurzer Zeit schlossen sich der Notgemeinschaft zwei Betriebe an, die, auf gleicher Grundlage arbeitend, unabhängig von ihr entstanden waren; es sind dies: 1. eine Küche in der Fruchtstr. 62 und 2. eine Küche in Johannisthal, Johannes-Werner-Straße, die eine frühere Kochstelle der Stadt Berlin benutzt und täglich 190 Liter kocht.

Arbeitslose schaffen für Arbeitslose.

Mitte Dezember 1931 konnte dann im Wedding, Uferstr. 15, eine Küche mit Heim eröffnet werden. Die Küche kochte täglich für 375 Personen, das Heim bietet Raum für 80 Jugendliche und stellt ihnen Werkstätten zur Verfügung. Unter fachmännischer Leitung können sich hier die Jugendlichen ihre Schuhe besohlen, ihre Kleider instandsetzen, die Bücher der Bibliothek einbinden oder eigene beschädigte Möbelstücke ausbessern und neue Tischlerarbeiten für eigenen Gebrauch herstellen.

Noch vor Schluß des Jahres wurde in der Frankfurter Allee 306 ein Tagesheim für 300 Erwerbslose eingerichtet, das seinen Besuchern in großen, warmen Räumen behaglichen Aufenthalt und eine zusätzliche Mahlzeit (Nachmittagskaffe mit Brot) bietet. Auch diesem Heim, das in alten Pferdeställen der BVG., die zu großen, hübsch eingerichteten Räumen umgestaltet sind, sind Werkstätten, insbesondere eine große Tischlerei angegliedert. Außerdem hat sich die Notgemeinschaft durch den ganzen Winter an einer Lebensmittelverteilungsstelle in der Siedlung Stadt und Land stark beteiligt. Dort wurden bis 1. Mai 1932 50 000 Lebensmittelpakete an Erwerbslose verteilt.

Es ist der Notgemeinschaft gelungen, ihre Küchen und Heime in vollem Ausmaße den Sommer über zu erhalten. Es wurde sogar im Laufe des Sommers ausschließlich mit der Arbeitskraft der Erwerbslosen in Baumschulenweg, Kiefholzstraße, aus einem vollständig verwahrlosten Stück Land ein sehr schönes Sommertagesheim mit Gartenanlagen und hübsch eingerichteten alten Straßenbahnwagen angelegt. Das Heim Frankfurter Allee 306 hat sich mit Hilfe seiner erwerbslosen Gäste durch einen schönen breiten Treppenaufgang mit Liegeterrasse vervollständigt.

Nach der Tätigkeit von fast einem Jahr hat die Notgemeinschaft den Erfolg zu buchen, daß sie rund 500 000 Liter Essensportionen

an Erwerbslose ausgegeben hat, wobei sie außerdem einer großen Anzahl von Arbeitslosen Beschäftigung und Freude an der Arbeit für die Gemeinschaft vermitteln konnte.

Das Werk der Notgemeinschaft verdient die Unterstützung aller Volksgenossen, denen die Verbundenheit mit den Erwerbslosen nicht nur Lippenbekenntnis ist. Für den kommenden Winter des Elends müssen die Mittel aufgebracht werden, die mit so starkem Erfolg begonnene Arbeit fortführen zu können. Die Geschäftsstellen befinden sich: Berlin W. 8, Wilhelmstr. 46. Telephon: Jäger 1042. Berlin O. 34, Thaerstr. 31. Telephon: Alexander 1826. Zahlungen werden auf das Postscheck-Konto: Berlin 152 242 Notgemeinschaft Berlin zur Errichtung von Küchen und Heimen für Erwerbslose e. V., Berlin W. 8, Taubenstr. 46, erbeten.

Berlins Verwaltungsproblem.

Die Grundzüge des Gutachtens von Dr. Heuer.

Im Rathaus zeigt man sich sehr wenig geneigt, der Oeffentlichkeit Einzelheiten über die geplante Neugestaltung der Bezirkseinteilung Berlins mitzuteilen. Man erklärt diese „Angst vor der Presse" damit, daß es noch nicht möglich gewesen sei, aus den Beratungen eine klare Linie herauszuschälen. Immerhin ist doch bekannt, daß der Oberbürgermeister bereits vor längerer Zeit dem Vertreter eines Korrespondenzbüros erklärte, sein Plan sei fertig. Am Mittwoch soll im Magistrat nach unseren Informationen zusammen mit den Bezirksbürgermeistern endgültig zu den vorliegenden Gutachten, unter denen die Arbeit des Stadtrats Dr. Heuer besondere Beachtung gefunden hat, Stellung genommen werden. Ueber die Grundzüge des Gutachtens von Dr. Heuer erfahren wir folgendes:

Dr. Heuer geht in seinem Gutachten von dem Grundsatz aus, daß eine einheitliche Aufgabenverteilung zwischen Zentrale und Bezirken eine einheitliche Leistungsfähigkeit der Bezirksverwaltungen und daher auch eine annähernd gleiche Größe der Bezirke zur Voraussetzung haben. Die Bezirke dürfen nicht zu klein sein, weil sonst überflüssige Aemter geschaffen werden müssen. Die Bezirke dürfen aber auch nicht so groß sein, daß sie selbst wieder eine Art zentrale Verwaltung bilden müssen. Die bisherigen Bezirksgrenzen müssen zur Vermeidung von Schwierigkeiten möglichst respektiert werden. Bei der Zusammenlegung sind die künftige bauliche Entwicklung und die gegebenen Verkehrsverbindungen zu berücksichtigen.

Hiernach würde sich eine Zahl von etwa 13 Bezirken ergeben, wobei die kleinsten Außenbezirke größeren Nachbarbezirken angegliedert und die Innenbezirke zu drei größeren Bezirken zusammengefaßt werden. Die in der Presse bisher veröffentlichten Einzelheiten sind zum Teil irrig, insbesondere ist nicht daran gedacht, Spandau einem anderen Bezirk anzugliedern. Einzelheiten des Heuerschen Gutachtens werden erst nach Abschluß der Beratungen zwischen Magistrat und Bezirksbürgermeistern veröffentlicht werden.

Millionenschieber mit falschem Paß.

Unzulässige Effektenverkäufe für fünf Millionen festgestellt.

Der Vernehmungsrichter hat in einer neuen großen Devisenaffäre sechs Haftbefehle erlassen, und zwar gegen den ehemaligen Gerichtsassessor Dr. Böhmer und dessen Frau sowie vier weitere Beteiligte, darunter ebenfalls eine Frau, bei denen es sich aber nur um kleinere Agenten und Makler, aber nicht um bekanntere Persönlichkeiten handelt.

Böhmer war der Zollfahndungsstelle schon seit längerer Zeit als Hauptbeteiligter an großen Devisenschiebungen verdächtig, war auch schon einmal vorgeladen worden, mußte aber wieder auf freien Fuß gesetzt werden, weil damals das Belastungsmaterial gegen ihn nicht ausreichte. Die Ermittlungen gingen indessen weiter, ohne daß man zunächst greifbare Anhaltspunkte gegen den ehemaligen Gerichtsassessor erhielt. Erst in den letzten Tagen kam man durch einen Zufall bei der Untersuchung gegen einige kleinere Leute, die der Effektenschiebungen verdächtig waren, bei weiteren Nachforschungen auf den Namen des Dr. Böhmer. Und als man ihn zur Vernehmung holte und mit den Leitern eines Berliner Bankgeschäfts konferierte, erklärten diese zum Erstaunen der Beamten, daß Böhmer doch „Herr Munnecke" sei, auf dessen Namen seinerzeit bald nach Erlaß der Devisenbestimmungen die riesigen, in die Millionen gehenden Effektenverkäufe angeblich im Auftrage adliger Verwandter erfolgt waren. Und nun war es klar, daß man in dem früheren Gerichtsassessor den Mann erwischt hatte, der unter Benutzung eines dem Schriftsteller Munnecke, der in der Nähe von Oebisfelde wohnt, verloren gegangenen Passes die unzulässigen Effektenverkäufe im Auftrag seiner ausländischen Hintermänner durchgeführt hatte. In der Hauptsache soll Böhmer mit Holland gearbeitet haben, und zwar mit denselben Kreisen, die auch in anderen Devisenaffären eine Rolle spielten. Seine Frau wurde hauptsächlich wegen Verdunkelungsgefahr mit verhaftet.

Die neuen Herren.

Der Herr Schupo-Hauptmann mit den SA.-Zigaretten.

Den Berliner Schupobeamten der 4. Bereitschaft in der Inspektion Kreuzberg ist großes Heil widerfahren. Sie haben einen neuen Herrn Hauptmann erhalten, und zwar den Hauptmann Graf, der schon unter Severing und Grzesinski gezeigt hatte, daß er ein Mann ist, dem die Ideen eines Volksstaates außerordentlich ferngeblieben sind. Die Einführungsrede des neuen Herrn zeigte denn auch, daß er zu denen gehört, die jenem Zustand nachtrauern, in dem der Polizeibeamte sich kaum vom Soldaten unterschied, sich nicht einmal organisieren durfte und kein Wahlrecht hatte. Nachdem Herr Hauptmann Graf in seiner Einführungsrede voller Pathos festgestellt hatte, daß jetzt vierzehn Jahre der Schmach und Schande vorüber seien, und die neue Zeit das wieder an ihm gutgemacht habe, was die alte an ihm versündigte, geruhte er nachher höchst persönlich Zigaretten an seine Beamten zu verteilen. Die Schupos machten jedoch große Augen, als der Herr Hauptmann aus seinen Taschen Packungen der Trommler-SA.-Zigaretten (3⅓ Pf.) zückte.

Wie wir erfahren, beabsichtigt der neue Herr Hauptmann die ganze Bereitschaft, die sich bisher durch besondere Pflichterfüllung auszeichnete, auseinanderzusprengen, um die versetzten Beamten durch neue, eben aus der Brandenburger Polizeischule entlassene Wachtmeister zu ergänzen. Herr Hauptmann Graf hofft wohl, sich dann die „ideale" Truppe schaffen zu können, die er sich wünscht. Die Volkspolizei steht bei diesen Herren vom Schlage des Herrn Graf tief im Kurs.

Schulbeginn im Winter 8½ Uhr.

Die Deputation für Schulwesen hat in ihrer Sitzung am Freitag einstimmig beschlossen, den Schulbeginn für sämtliche Berliner Schulen mit Ausnahme der Berufs- und Fachschulen für das ganze Winterhalbjahr einheitlich auf 8½ Uhr festzusetzen. Die endgültige Entscheidung über diesen Beschluß liegt beim Provinzialschulkollegium, das wahrscheinlich in der nächsten Woche über diese Frage beraten wird.

*

Die Deputation beschloß ferner, den Schluß des Schuljahres einheitlich für beide Schulgattungen auf den 31. März festzusetzen. Die Sommerferien sollen nicht vor dem 3. Juli beginnen. Die großen Ferien sollen in Zukunft so beendet werden, daß der Unterricht am Wochenanfang beginnt. Auch über diese Abänderung der Ferienordnung trifft das Provinzialschulkollegium die letzte Entscheidung.

Seit vielen Jahren hat die Polizei die Schulanmeldelisten aufgestellt. Nachdem die Polizei es abgelehnt hatte, diese Listen weiterzuführen, hatte der Magistrat zunächst davon Abstand genommen, die Listen durch eine städtische Stelle anfertigen zu lassen. Es hat sich jedoch gezeigt, daß unmöglich auf diese Schulanmeldelisten verzichtet werden kann, wenn die Schulverwaltung die Uebersicht über die jeweils zum 1. April einzuschulenden Kinder behalten soll. Die Deputation hat deshalb dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt, künftig diese Listen wieder durch die Bezirksämter aufstellen zu lassen.

Kastanie blüht – im September.

Vor dem Hause Reinickendorfer Straße 108 steht ein kleiner Kastanienbaum. Dieser Baum hat beinahe sämtliche Blätter verloren. Es sind nur noch einige alte Blätter daran und über diesen alten Blättern hängen als Früchte noch nicht abgefallene Kastanien. Der ganze übrige Baum ist jetzt über und über mit neuen Blüten besät. Unter jeder neuen im prächtigsten Weiß erstrahlenden Blüte hängen ein Dutzend 10 bis 15 Zentimeter lange im saftigsten Grün prangende Blätter.

Radiobastelschau und Geräteausstellung. Die Ortsgruppe Berlin-Neukölln des Arbeiter-Radio-Bundes veranstaltet am Sonnabend, dem 17., und Sonntag, dem 18. September, eine Radioausstellung im Lokal Linus Klemt, Berliner Straße 100. Eintritt frei. Geöffnet ist die Ausstellung am 17. September von 12 bis 22 Uhr und am 18. September von 10 bis 22 Uhr. Neben selbstgebastelten Empfangsgeräten werden auch Demonstrationsgeräte aus allen die Radiotechnik berührenden Wissensgebieten gezeigt.

Nazi-Verleumder und ihre Freunde.

Alle Beschuldigungen gegen Dr. Weiß widerlegt.

Im Prozeß gegen die verantwortlichen Redakteure des „Angriff" Dr. Lippert und Krause wegen Beleidigung und Verleumdung des Vizepolizeipräsidenten Dr. Weiß und des Polizeipräsidenten Grzesinski wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt.

Dr. Weiß erklärte, daß auf Grund von Veröffentlichungen im „Angriff" wegen der Monte-Carlo-Reise von der Zollfahndungsstelle, der man einen derartigen Artikel eingeschickt hätte, Schritte unternommen wurden. Der „Angriff" habe sich dann

auf das Zeugnis von Gustav Steinmeyer berufen, in dessen Schloß die prominenten Nationalsozialisten verkehrten,

daß man einen Rivieraaufenthalt nicht mit 200 Mark bestreiten könne. Die Angelegenheit sei aber so gewesen, daß Dr. Lippert Steinmeyer Vorwürfe gemacht habe, daß dieser an der Riviera gewesen sei, Steinmeyer habe aber geantwortet: „Was ist denn dabei, da sind doch viele anständige Leute gewesen, u. a. der Polizeivizepräsident Dr. Weiß." Dr. Weiß erklärte dann, daß er nur wenige Tage in Monte Carlo gewesen sei und dort verhältnismäßig sehr billig gelebt habe, so daß er nicht mehr als 200 Mark gebraucht habe. Ferner wurde Kriminalkommissar Greiner, der Leiter des Glücksspieldezernats des Polizeipräsidiums, als Zeuge gehört. Der Vorsitzende machte ihn darauf aufmerksam, daß er die Frage, ob er dem „Angriff" das Material gegen Dr. Weiß geliefert habe, unter Umständen nicht zu beantworten brauche. Er erklärte aber, daß dies nicht der Fall sei, daß er nur mit Kollegen über die Angelegenheit gesprochen habe. Vors.: Es handelt sich bei Ihrer Vernehmung um die Frage, ob Sie auf Anweisung von Dr. Weiß gegen einige geschlossene Gesellschaften, in denen Glücksspiele veranstaltet wurden, nicht wie gegen die anderen mit aller Schärfe vorgehen sollten. Insbesondere gegen den Theater-Klub. Als der Zeuge nicht klar antwortete, ob innerhalb der geschlossenen Gesellschaften auf Veranlassung von Dr. Weiß Unterschiede gemacht worden seien, kam es zu einem

heftigen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Kriminalkommissar Greiner.

Der Sachverständige, Kriminalkommissar Schlosser, bemerkte dann, daß schon von früher her neun Klubs wegen ihrer anderen gesellschaftlichen Struktur eine Sonderstellung hätten. Auf Befragen von Rechtsanwalt Dr. Neubert, ob Kommissar Greiner ein konkreter Fall bekannt sei, in dem auf Veranlassung von Dr. Weiß nicht gegen Klubs vorgegangen sei, schilderte der Zeuge, daß im „Klub von der Heydtstraße" nach einer Anzeige Bac und Ecarté gespielt worden und dabei sehr viel verloren worden sei. Das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft sei aber von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmund, der selbst Mitglied des „Klubs von der Heydtstraße" war, eingestellt worden. Dr. Weiß habe darauf angeordnet, daß ein Schreiben an die Staatsanwaltschaft, in dem die weitere Verfolgung gefordert wurde, nicht zur Absendung kam. Weiter betonte der Zeuge, daß es auch bei einem Vorgehen gegen den „Klub des Westens" zu Differenzen mit Dr. Weiß gekommen sei. Der Zeuge erklärte aber, daß Dr. Weiß die Genehmigung zu dem Vorgehen gegen den Klub „Bühne und Film" gegeben habe, das dann auch zur Verurteilung der Klubleiter führte. Der Nebenkläger, Dr. Weiß, äußerte sich hierauf zu den einzelnen Fällen und betonte an Hand der Akten, daß in jedem Falle richtig gehandelt worden sei, da sich die betreffenden Anzeigen als nicht stichhaltig erwiesen, bzw. die Staatsanwaltschaft die Verfahren eingestellt hätte. Bemerkenswert war die Erklärung des Oberstaatsanwalts Burchardi, daß die Staatsanwaltschaft auch heute noch in einem derartigen Falle das Verfahren einstellen würde, weil das Material so dürftig gewesen sei.

Der Nazi-Kriminalkommissar.

Rechtsanwalt Dr. Arras: „Ist es richtig, Herr Kommissar Greiner, daß Sie vor einigen Tagen in einer Versammlung nationalsozialistischer Polizeibeamten den Vorsitz geführt haben?" Zeuge: „Jawohl." Rechtsanwalt Neubert (aufspringend): „Ich beanstande diese Frage!" Dr. Arras: „Das ist nicht mehr nötig, denn sie ist bereits beantwortet." (Heiterkeit.)

Der Nebenkläger Polizeipräsident Grzesinsky äußerte sich dann zu dem Ministerialerlaß, in dem Ecarté als Glücksspiel bezeichnet und ein Vorgehen auch gegen geschlossene Gesellschaften gefordert wurde. In der Praxis sei dieser Erlaß, den er als Minister herausgegeben habe, in Berlin wegen der speziellen Verhältnisse und Erfahrungen nicht in Anwendung gekommen, sondern

man sei stets nur gegen die gewerbsmäßigen Spielklubs vorgegangen. Dr. Weiß erklärte hierzu noch, daß nach der Reichsgerichtsentscheidung, die den Erlaß veranlaßt hatte, kein dringender Tatverdacht bestand, gegen die geschlossenen Gesellschaften etwas zu unternehmen, auch wenn dort Ecarté gespielt wurde.

Damit war die Erörterung dieses Fragenkomplexes abgeschlossen und man ging zu dem Vorwurf bezüglich der angeblichen Begünstigung des Konsuls und Generaldirektors Krojanker in der Angelegenheit der Bauerlaubnis und der Rivierareise über. Generaldirektor Krojanker betonte hierzu, daß er sich um die Bauangelegenheit gar nicht gekümmert habe, und erklärte, daß auf der Reise nach Monte Carlo jeder selbst bezahlt und Dr. Weiß sehr bescheiden gelebt habe, so daß er sehr gut mit dem mitgenommenen Gelde habe reichen können. In dem „Club v. d. Heydtstraße“ habe Dr. Weiß nie verkehrt und nie gespielt. Mit großer Entschiedenheit wandte sich der Zeuge gegen den Vorwurf, daß in seiner Wohnung dem gewohnheitsmäßigen Glücksspiel gehuldigt worden sei, und er bezeichnete diese Behauptung als geradezu lächerlich, denn es hätten bei ihm lediglich im Winter Gesellschaften stattgefunden, bei denen auch von einzelnen Personen gespielt worden sei. Von gewohnheitsmäßigem Spiel könne aber keine Rede sein. Das Gericht hörte noch Magistratsoberbaurat Dr. Michaelis als Zeugen, der seine schon vor dem Schnellgericht gemachte Aussage wiederholte, daß es sich bei der Erkundigung nach dem Baudispens um eine ganz harmlose und alltägliche Angelegenheit gehandelt habe. Es passiere sehr oft, daß sich Beamte nach derartigen Gesuchen ihrer Bekannten erkundigten, ohne daß das irgendwie auf den Gang der Entscheidung von Einfluß sei oder gar als Eingriff in die Erledigung betrachtet werden könne.

Alle Prozeßbeteiligten verzichteten schließlich auf das Zeugnis von Regierungsdirektor Mosle zu diesem Punkt, worauf die Verhandlung auf Sonnabend früh vertagt wurde, um die Beweisaufnahme fortzusetzen.

Der Fall Daubmann.

Eine Aussprache vor der Berliner Presse.

Kriegsgefangenenfragen eignen sich weder für nationalistischen Trompetenlärm noch für journalistische Beutemacherei. Aufbauschung von Einzelfällen weckt bei Angehörigen von Vermißten nur zu leicht Hoffnungen, die durch die Tatsachen bitter enttäuscht werden.

Diese Voraussetzungen sind auch bei einer Behandlung des Falles Oskar Daubmann zu beachten. Durch Vermittlung der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener wurde gestern eine Pressebesprechung veranstaltet, die Daubmann Gelegenheit gab, Unstimmigkeiten bei der bisherigen Untersuchung aufzuklären. Wenn man Daubmann sieht, so sagt man sich: Jawohl, dieser Mensch mit seinem zerknitterten, zerfurchten Gesicht, mit seinen traurigen Augen, mit seinem nervösen Zucken um den Mund, mit seinen Handbewegungen, die manchmal unwirklich scheinen, kann sehr wohl länger als ein Jahrzehnt in Einzelhaft gewesen sein. Der frühere Bataillonskommandeur Daubmanns, der an der Aussprache teilnahm, und Daubmann für einen ehrlichen Mann hält, erklärte, daß im Laufe der Untersuchung etwa 25 Punkte aufgetreten seien, denen man Zweifel entgegenbrachte. Tag für Tag sei ein Punkt nach dem anderen zugunsten Daubmans aufgeklärt worden. Die Maßstäbe der Kriegsgefangenschaft im allgemeinen hätten keine Geltung. Das Besondere am Fall Daubmann ist, daß ihm als Strafgefangener jede Fühlung mit seinen Kameraden fehlte. Man habe in Daubmanns Erklärung, daß er keine Möglichkeit gehabt habe, Nachricht in die Heimat zu schicken, starke Zweifel geäußert. Es sei aber Tatsache, daß gerade Strafgefangenen bei der Absendung von Briefen die größten Schwierigkeiten gemacht seien, vor allem, wenn irgendein unterer Beamter den einzelnen nicht mochte.

Der Vertreter der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener berichtete über die Schritte, die im Falle Daubmann beim Auswärtigen Amt getan worden seien. In den nächsten Tagen werde das Auswärtige Amt nach fester Zusicherung eine Sondernote an Frankreich richten, in der nach dem besonderen Wunsche Daubmanns ein Lokaltermin in Constantine, einer Strafanstalt bei Tunis, stattfinden soll. Natürlich müsse die französische Regierung Daubmann die nötige Sicherheit geben und gestatten, daß der Lokaltermin in Gegenwart auch von deutschen Behördenvertretern stattfinde.

In großer Erregung wandte sich dann Daubman selbst gegen die in der Oeffentlichkeit aufgetauchte Meldung, daß seine Eltern Zweifel an seiner Identität hätten: „Das stimmt nicht. Natürlich haben meine Eltern gestutzt, als ich nach 16 Jahren zum ersten Male den Heimatboden betrat. Als 19jähriger junger Bursche bin ich ins Feld gegangen, als 36jähriger gebrochener Mann bin ich wiedergekommen. Meine Eltern und viele Freunde von mir haben mich einwandfrei wiedererkannt. Meine Eltern vor allem erkannten mich an einer alten Narbe.“ Daubmann weigert sich auch weiterhin, den Namen des Schiffes und des Kapitäns anzugeben, der ihm auf seiner Flucht geholfen hat. Er habe dem Kapitän sein Ehrenwort gegeben, und das halte er.

Zum Schluß erklärte Hauptmann Bumüller, der frühere Bataillonskommandeur Daubmanns, er habe den Zurückgekehrten nach Berlin gebracht, um ihn hier den Behörden vorzustellen. Sie sollten sich über den ganzen Fall und über die Persönlichkeit Daubmanns ein eigenes Bild machen können.

Nachtwandlerin zu Tode gestürzt.

Dreizehnjähriges Mädchen springt im Traum vom dritten Stock in die Tiefe.

Wien, 16. September.

Ihrer somnambulen Veranlagung fiel die 13jährige Gymnasialschülerin Marie Frunk zum Opfer. Das junge Mädchen war vor einigen Tagen aus Klagenfurt, wo ihre Eltern wohnen, zu einer Tante in Wien zu Besuch gekommen. Niemand wußte, daß die kleine Marie, ein äußerst reizbares Kind, die Gewohnheit hatte, im Traum vom Bett aufzustehen und durch die Wohnung zu gehen.

Offenbar unter dem Eindruck der Großstadt waren die Träume des Mädchens besonders lebhaft, denn sie stand gestern gegen Mitternacht auf, ging vorsichtig herumtappend zum Fenster und sprang vom dritten Stockwerk auf die Straße. Sie erlitt schwere Verletzungen an den Armen und Beinen, außerdem innere Verletzungen, blieb aber beim Bewußtsein. Passanten alarmierten sofort die Rettungsstelle; das Mädchen wurde ins Krankenhaus gebracht. Dort erzählte sie dem behandelnden Arzt, sie habe vom Fliegen geträumt und plötzlich den rasenden Wunsch gehabt, aus eigenen Kräften zu fliegen. Deshalb sei sie im Traum zum Fenster gegangen und in die Tiefe gesprungen. Als der Arzt sie fragte, ob sie nicht etwa die Absicht gehabt habe, freiwillig in den Tod zu gehen, verneinte sie dies lebhaft. Diese Frage war insofern berechtigt, als selten Fälle vorkommen, daß Somnambule sich in die Tiefe stürzen; sie tappen sich sonst sehr vorsichtig vorwärts und kehren oft in ihr Bett zurück. Das junge Mädchen blieb bis zum letzten Augenblick bei vollem Bewußtsein. Ihre Verletzungen waren aber so schwerer Natur, daß man ihr keine Hilfe mehr bringen konnte. Sie starb einige Stunden nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus.

Suche nach den Geldräubern.

Belohnung auf 5300 Mark erhöht.

Seit Donnerstagvormittag ist die Kriminalpolizei lebhaft bemüht, den Raubüberfall auf den Geldtransport der BVG. in Charlottenburg, bei dem der Betriebsinspektor Meyer erschossen wurde, zu klären.

Im Laufe des gestrigen Tages erfolgte die Festnahme mehrerer verdächtiger Personen. Die nähere Untersuchung durch das Raubdezernat des Polizeipräsidiums ergab jedoch, daß die Festgenommenen mit dem Raubüberfall nichts zu tun hatten. Es werden zur Zeit noch weitere Spuren verfolgt, ob sie zum Erfolg führen werden, ist jedoch fraglich. Die ausgesetzte Belohnung von 2000 M. ist jetzt dadurch wesentlich erhöht worden, daß die BVG. für die Wiederbeschaffung der geraubten 33 100 M. zehn Prozent ausgesetzt hat.

Die BVG. wird in Zukunft ihre Geldtransporte stark sichern. Dazu gehört in erster Linie, daß die Beamten mit Schußwaffen ausgerüstet werden sollen. Außerdem soll der Transport der Gelder von den Kassen zu den Transportwagen so geschehen, daß verbrecherische Anschläge nach menschlichem Ermessen unmöglich gemacht werden.

Auch in Hamburg ein Geldraub.

Hamburg, 16. September.

Am Freitag gegen ½12 Uhr spielte sich in Hamburg ein Raubüberfall auf einen Kassenboten ab. Ein 30jähriger Epa-Angestellter namens Cenkvenus hatte den Auftrag, für seine Firma 3100 Mark bei dem Bankhaus Warburg in der Ferdinandstraße einzuliefern. Er fuhr mit der Straßenbahn von Eimsbüttel bis nach dem Pferdemarkt in Begleitung einer weiblichen Angestellten. Dort stieg er aus und wollte zu Fuß nach dem Bankhaus in der Nähe des Alstertores gehen, wo er von einem Kraftwagen eingeholt wurde. Diesem entstieg ein Mann, der den Boten durch einen Schuß schwer verletzte. Der Räuber entriß dem Ueberfallenen einen Lederkoffer mit 3100 Mark Inhalt, sprang in einen Kraftwagen und fuhr mit einem Genossen davon. Während der Verfolgung gab er noch weitere Schüsse ab, durch die eine zwanzigjährige Frau einen Beinschuß davontrug. Die Räuber sind entkommen.

Raubüberfall im Zigarrenladen.

Bandit erbeutet 300 Mark.

Im Zigarrengeschäft seines Sohnes in der Schaperstr. 24 in Wilmersdorf wurde gestern nachmittag der 65 Jahre alte August Stallknecht von einem jüngeren Mann niedergeschlagen. Der Täter raubte aus der Kasse etwa 300 Mark und entkam unerkannt.

Gegen 13.30 Uhr betrat ein junger Mann den Laden und forderte Zigaretten. Er zahlte mit einem Dreimarkstück. Dann ließ sich der Kunde das Telephonbuch geben. Er suchte einige Minuten in dem Buch und als er die Adresse angeblich nicht fand, bat er den alten Mann, ihm behilflich zu sein. Ahnungslos trat Stallknecht hinter dem Ladentisch hervor. Als er sich über das Telephonbuch beugen wollte, erhielt er einen Hieb gegen den Magen, so daß dem alten Mann die Sinne schwanden. Bewußtlos sank der Ueberfallene zu Boden. Die Gelegenheit benutzte der Bandit, um die Ladenkasse zu plündern, in der sich etwa 300 Mark befanden. Nach der Beschreibung des alten Mannes war der Täter etwa 25 Jahre alt. Er trug blauen Anzug, hellgestreifte Hosen und hatte einen dunklen weichen Hut.

Verfahren gegen Max Sklarek geht weiter

Beschwerde vom Kammergericht abgewiesen.

Die Justizpressestelle teilt mit: „Der 2. Strafsenat des Kammergerichts hat die Beschwerde des Max Sklarek gegen den eine Einstellung des Verfahrens ablehnenden Beschluß der 3. Strafkammer des Landgerichts I Berlin durch Beschluß vom 3. September d. J. zurückgewiesen. Max Sklarek hatte seinerzeit beantragt, das gegen ihn schwebende Strafverfahren wegen dauernder Verhandlungsunfähigkeit gemäß § 205 StPO. vorläufig einzustellen. Gegen den ablehnenden Beschluß der Strafkammer hatte er Beschwerde eingelegt, die nunmehr vom Kammergericht zurückgewiesen worden ist. Der 2. Strafsenat hat, wie in der Begründung hervorgehoben wird, nicht die Ueberzeugung erlangt, daß die Verhandlungsunfähigkeit von Max Sklarek eine dauernde sei. Daher hat der Senat die Voraussetzungen für die von Max Sklarek begehrte vorläufige Einstellung des Verfahrens für nicht erfüllt erachtet.“

Volkssänger-Wettstreit im Clou.

Das Berliner Konzerthaus „Clou“ in der Mauerstraße, das **heute seine Wintersaison eröffnet, bringt im Rahmen seines Abend**programms als besondere Attraktion einen Volkssänger-Wettstreit. Zum Wettstreit zugelassen werden: I. Gruppensänger (Volkslieder mit und ohne Musikbegleitung); II. Studentengruppen; III. Sängergruppen aus der Mark (Märkische Volkslieder); IV. Einzelsänger (Dialekt und Humor). Das Publikum **entscheidet den Wettstreit durch seine Stimmabgabe.**

Berge in Flammen! Augenblicklich läuft im Planetarium am Zoo „Berge in Flammen“, ein Film aus den Dolomiten. Im Hintergrunde des Filmes stehen die gewaltigen Berge der Alpen und der Kampf um Tirol. Im astronomischen Vorprogramm wird das Thema „Sternenschicksal“ behandelt. Die Vorführungen finden täglich um 3, 5, 7 und 9 Uhr statt.

Wetteraussichten für Berlin. Keine wesentliche Aenderung des am Tage heiteren und warmen Wetters. — **Für Deutschland.** In Norddeutschland veränderlich, zeitweise etwas Regen, im übrigen Reiche weiterhin beständig und am Tage warm, morgens stellenweise Nebel.

Arbeitsgemeinschaft für Forstschutz und Naturkunde E. V. 196. Arbeitswanderung: Sonntag, 18. September. Besichtigung des Schloßparks in Strausberg. Anschließend Wanderung über Ihlandsee — Großer und Kleiner Lattsee — Gamingrund — Tiefensee. Führung durch einen Revierförster. Abfahrt: Schlesischer Bahnhof 8.26 Uhr. Vorortbahn; Straßenbahn bis Endstation Strausberg. Rückfahrt ab Tiefensee 18 oder 19 Uhr. Gäste herzlich willkommen.

Stenographisches. Kenner des Systems Stolze-Schrey, die keinem Verein angehören, erhalten kostenlos die Drucksachen des Reichsbundes Stolze-Schrey sowie ein Literaturverzeichnis. Nachrichten erbeten an Stenograph. Verband Stolze-Schrey, Berlin C. 2, Breite Str. 21. Fernsprecher: E 1 Berolina 6750.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten.

Robert-le-Diable-Rennen: 1. Null-Ouvert (Haynes); 2. Sopran; 3. Verräter. Toto: 26:10. Platz: 17, 21:10. Ferner liefen: Rogau, Athenais.

Gastern-Rennen: 1. Ideolog (Printen); 2. Herzog; 3. Kain; 4. Ledanus. Toto: 94:10. Platz: 24, 19, 32, 51:10. Ferner liefen: Preisträger, Graf Rici, Podesta, Faland, Lordmajor, Reiß aus, Varos, Habgier, Peiratava, Goldraute, Fiorina, Luftklappe, Mascotte, Joujou, Paradies.

Biniou-Rennen: 1. Pommernländer (R. Schmidt); 2. Madame Laffitte; 3. Stammesfahne; 4. Fra Diavolo. Toto: 110:10. Platz: 23, 25, 18, 63:10. Ferner liefen: Irländer, Idylle, Helmbusch, Nero, Immerfort, Ambu, Horos, Miß Augias, Chrysla.

Ruage-Rennen: 1. Persepolis (O. Schmidt); 2. Gregorovius; 3. Cascade. Toto: 25:10. Platz: 12, 13, 12:10. Ferner liefen: Marsilius, Lykurg, Spreewald, Grasfrosch, Marschall, Wintersonne.

Hertefeld-Rennen: 1. Widerhall (Printen); 2. Faienza; 3. Schwede. Toto: 10:10. Drei liefen.

Ulster-King-Rennen: 1. Kruzitürken (Hiller); 2. Anita; 3. Kron. Toto: 118:10. Platz: 24, 17, 20:10. Ferner liefen: Piano, Immermein, Gashenne, Terpsichore, Ephraim, Impuls, Flapper, Nirwana.

Diadumenos-Rennen: 1. Fiametta (O. Schmidt); 2. Novalis; 3. Hella F; 4. Romos. Toto: 53:10. Platz: 16, 31, 19, 29:10. Ferner liefen: Priester, Radetzki, Firlefanz, Traumkönig, Fugger, Silvius, Pilot, Dorfschöne, Maientag, Orontes, Delfin.

Doppelwette: Pommernländer — Kruzitürken 1650:10.

Modenschau Joseph u. Co.

Im Orpheum, Hasenheide, konnte kein Apfel zur Erde fallen: Das Modenhaus Joseph u. Co., Neukölln, rief zur Modenschau und vor den vielen Besuchern entrollte sich das Modebild von vorgestern bis heute. Zuerst spazierten unsere Großmütter auf, jugendlichen Antlitzes zwar und bubikopfgeziert, aber angetan mit allen Attributen vormärzlicher Mode. Ueber dem starrgebauschten Festtagskleid aus Taft oder Brokat lag die spitzenbesetzte Mantille und auf dem Kopf thronte das Kapotthütchen. Dann kam die Epoche der Wespentaillen und der keckaufgesetzten Tellerhütchen und über die pleureusebeladenen Wagenräder um 1900 ging es dann über zur Mode von heute. Weiche, schmiegsame Wollstoffe wie Flamenge, Angora, Chamisol und noch viele andere Stoffarten liefern das Material zu Straßenkleidern und Mänteln. Die Verarbeitung der Kleider ist einfach, mit hübscher Hals- und Aermelgarnitur aus abweichenden Farbtönen, losem Jäckchen und leicht glockig fallendem Rock. Die Modefarben sind bleue, korinthenrot, grau und dunkelblau. Die Mäntel zeigen herrenartige Fassons mit ganz breiten Revers oder Schalkragen, sie sind grau, braun und schwarz. Bei Kleid und Mantel trägt der Aermel irgendwelche kapriziöse Garnitur. Püffchen und Heulenärmel, spitzzulaufende, große Schrägmanschetten und andere phantasiereiche Variationen. Die kleine Pelzkrawatte ist Trumpf, sie sitzt, keck verschlungen, fest am Halse an und gibt dem Ganzen eine flotte Note. Auf dem Kopfe sitzen kleine Bolerohütchen, Dreispitze und Kappen aus Filz, Samt, oder aus beidem Stoffmaterial kombiniert. Ein launiger Conferéncier würzte die Vorführungen mit den dazugehörigen Randbemerkungen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin. Geschäftsstelle: NO. 43, Jostystr. 4. Telephon: E 3 Königstadt 5440. **Beginn der „Erste Hilfekurse“:** Mitte: Dienstag, 11. Oktober, Schule Gipsstr. 23a. — Tiergarten: Dienstag, 4. Oktober, Schule Waldenserstraße. — Wedding: Dienstag, 4. Oktober, Schule Schulstr. 99—100. — Prenzlauer Berg: Dienstag, 4. Oktober, Kastanienallee 82. — Friedrichshain: Montag, 3. Oktober, Jugendheim Litauer Str. 18. — Kreuzberg: Montag, 3. Oktober, Schule Dieffenbachstr. 60. — Charlottenburg: Dienstag, 18. Oktober, Leibniz-Schule, Schillerstr. 125. — Kleingärtner: Montag, 10. Oktober, Geschäftsstelle Tegeler Weg 44. — Spandau: Dienstag, 4. Oktober, Altes Schützenhaus, Neuendorfer Straße. — Wilmersdorf: Montag, 3. Oktober, Schule Gieselerstraße. — Schöneberg: Dienstag, 27. September, Schule Feurigstr. 57. — Steglitz: Dienstag, 11. Oktober, Schule Plantagenstraße. — Tempelhof-Mariendorf: Freitag, 14. Oktober, Schule Königstraße. — Neukölln: Donnerstag, 6. Oktober, Schule Rütlistraße. — Britz: Montag, 10. Oktober, Schule Chausseestraße. — Treptow: Donnerstag, 6. Oktober, Schule Wildenbruchstraße 52 (Graetzstraße). — Adlershof: Montag, 3. Oktober, Sanitätsbaracke. — Schöneweide: Montag, 3. Oktober, Säuglingsheim Grünauer Str. 1b. — Köpenick: Freitag, 30. September, Lokal Krüger, Schönerlinder Str. 5. — Bohnsdorf: Montag, 3. Oktober, Lokal Heimann, Waltersdorfer Str. 100. — Lichtenberg: Dienstag, 4. Oktober, Jugendheim Scharnweberstr. 22. — Weißensee: Dienstag, 11. Oktober, Schule Park- Ecke Viktoriastraße. — Pankow: Dienstag, 18. Oktober, Schule Schulstraße. — Reinickendorf-Ost: Montag, 19. September, Schule Lindauer Straße. — Reinickendorf-West: Dienstag, 27. September, Lokal Matter, Eichbornstr. 94. — Tegel: Montag, 19. September, Schule Treskowstraße. — Hermsdorf: Dienstag, 4. Oktober, Schule Freiherr-vom-Stein-Straße. — Glienicke: Dienstag, 27. September, Feuerwehrdepot. — Kursusbeitrag inkl. Prüfungszeugnis: Für Erwachsene 3 M., für Jugendliche bis 18 Jahre 2 M., für Erwerbslose 1 M. — Die Kurse umfassen 20—24 Doppelstunden und stehen unter ärztlicher Leitung. Beginn 20 Uhr.

Reichsbund der Körperbehinderten, Ortsgruppe Mitte. 1. Werbeveranstaltung Sonnabend, 24. September, 18 Uhr, im Restaurant Belvedere, Holzmarktstr. 72 (Eingang Alexanderstraße). Musik, Vorträge und dergl. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn C. Wirthauer: 300 Millionen kämpfen um ihre Freiheit.

Individualpsychologische Gruppe. Dr. Otto Neurath, Wien, spricht über „Magie und Wissenschaft“ im Klubhaus am Knie, Berliner Str. 27, 20 Uhr, **am Montag, dem 19. September.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schmied
Johann Schulz
geb. am 5. März 1862, am 13. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 17. September, 17½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verkäufe

Kochherde jeder Art u. Größe, Riesenauswahl, Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen-Oefen, Kesselöfen. Die alte Firma Gemmler und Blenberg, Drosdenerstraße 99, Jannowitz F 7 6651.

Tapeten Reißat, Kolonnstraße 9

Vervielfältiger billig. Depps, Gneisenaustraße 13.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze, Damenmäntel. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weiter Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Möbel

Herrenzimmer 175,— bis 750,—, Ankleideschränke 85,—, Kindsofas 75,—. Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbelliner Straße).

Jetzt aber kaufen! Schlafzimmer, poliert, 180 breit, rundgebaut, komplett mit Polsterstühlen nur 325,—. Schlafzimmer, Eiche, nur 235,—. Küchen in allen Farben 65,—. Ankleideschränke, 180 breit, 85,—. Schrager, Kastanienallee 45, Hofgebäude.

Garten, Laube und Balkon

Obstobstbäume. Beerenobst, Heckenpflanzen, Rosen, Ziersträucher, Koniferen usw. Preisliste kostenfrei. M. Haufe, Baumschulen, Zehlendorf - Mitte, Lichterfelderstraße. Fernspr.: Zehlendorf 1090.

Fahrräder

Ballonräder Riesenauswahl, allerbilligst, Opelchromballon, Diamantballon, Görickeballon, Wandererballon, Expreßballon, Multiplexballon, Monopolballon, Mifaballon, Brennaborballon, Teilzahlung 10,— monatlich. Spezialballon 35,—, 45,—. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Kaufgesuche

Zahnarbeiten, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle. Silberschmelze Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 39, Haltestelle Adalbertstraße.

Umzüge Fuhrwesen

Möbeltransporte billig und gewissenhaft. Genosse Conrad Pilz, Neukölln, Hermannstr. 14

IRMGARD KEUN:

Gilgi eine von uns

17|

Wie kütt die Mösch, die Mösch, die Mösch . . . Gilgi drängelt sich durch die tanzenden Paare. Es ist noch nicht Mitternacht, und vor fünf Uhr morgens wird die Familie nicht aufbrechen, schon Gerdachens und Irenchens wegen nicht. Sie hat keine Lust mehr, hier zu bleiben. Wie kütt die Mösch . . . Summen, Scharren, Kreischen, Lachen — man muß betrunken sein und richtungslos verliebt, wenn's einem hier gefallen soll. Pfui Teufel, der Gestank in einem Raubtierkäfig ist appetitlicher als dieser Menschenmassengeruch. Mit jedem Atemzug schluckt man Staub und Rauch. Ein wüst tätowierter Jüngling packt Gilgi um die Taille: „Komm, tanz mit mir." „Nee, hab' keine Lust." — „Warum willste nich — is doch Karneval . . ." Ist doch Karneval, ist doch Karneval, Himmelkreuzdonnerwetter nochmal. Gilgi streift die tätowierte Hand ab. Steuert dem Familientisch zu und läßt sich von Herrn Kron die Garderobennummer geben: „Will nur mein Puderdöschen aus der Manteltasche holen."

Ein paar Minuten später steht sie auf der Straße. Was nun? Was will sie eigentlich? Sie stapft über das regenfeuchte Pflaster dem Neumarkt zu. Hat die Hände in den Taschen ihres schwarzen Sealmantels vergraben. Friert ein bißchen an den nackten Beinen. Macht unlustige, schlenkrige, kleine Schritte. Wohin? . . . wie kütt die Mösch . . . Sie ist unruhig, mißgelaunt, grundlos bedrückt. Neumarkt, Mittelstraße, Rudolphplatz — Aachener Straße. Eine kleine Konditorei. Gilgi geht hinein und setzt sich in eine Ecke, läßt sich Kaffee kommen und Zeitschriften. Hier ist's still, hier wird sie vorläufig bleiben. Gut, daß die kleinen Cafés jetzt in den Karnevalstagen die ganze Nacht durch geöffnet sind. Gilgi blättert in den Zeitschriften . . . auch du wirst mich einmal betrügen — auch du — auch du . . . Die Leute sollten das Grammophon abstellen, man kann das süße Schmalzzeug nicht immer vertragen . . . auch du wirst mich einmal . . . Hier haben wir gesessen vor fünf Tagen: Olga, ich und der Martin Bruck. Und vor zwei Tagen hab' ich hier gewartet, und der Idiot ist nicht gekommen . . . auch du wirst mich einmal . . .

„Das ist nett, kleines Mädchen, daß ich Sie hier finde. Ich dachte schon, daß Sie hier eine Art Stammlokal haben!" Martin Bruck steht vor Gilgi, frisch, unbekümmert, selbstsicher. „Darf ich mich zu Ihnen setzen — oder erwarten Sie jemanden?"

„Nein, ich erwarte niemand", stößt Gilgi um eine Nuance zu schnell hervor. Lächelt gleich darauf freundlich und konventionell: „Es ist mir angenehm, Sie zu sehen: muß mich entschuldigen, daß ich vorgestern nicht hier war."

„Nicht? Das ist gut. Mir fiel's erst gestern ein, daß ich unsere Verabredung ganz vergessen hatte." Der Flegel, der unhöfliche Kerl, der . . . Gilgi bringt's nicht fertig, sich zu ärgern, sie freut sich zu sehr. Martin nimmt ihre Hand, findet die Kleine plötzlich ausnehmend niedlich mit den strahlenden grauen Augen, dem frechen geschminkten Mäulchen — er zieht ihr die Mütze ab: „So gefallen Sie mir noch besser." So'n frecher Kerl! Gilgi muß lachen. Nein, den Mantel behält sie an.

Sie soll ihm erzählen, von sich sprechen, für jede Einzelheit interessiert er sich. Und Gilgi breitet vor ihm das Leben eines sehr

Gilgi und Martin im Taxi *Phot. Paramount*

selbstsicheren, sehr zielbewußten kleinen Mädchens aus. Sie erzählt von Herrn Reuter, von Pit, vom Büro, der dicken Müller, der kleinen Behrend. Sogar von ihrer Elternsuche erzählt sie. Von den Krons und der Täschler. Oh, die Geschichte bedrückt sie schon längst nicht mehr, sie ist keine sentimentale Gans, sie braucht niemanden, kommt allein durch. Sie weiß, was sie will. Und während der ganzen Zeit hält sie Martin Brucks Hand fest, gerade so als hätte sie Angst, er könnte plötzlich aufstehen und auf Nimmerwiedersehn verschwinden. Das soll er nicht, er soll bei ihr bleiben, noch lange . . . „Ja, und verliebt ist man nie?" Martin Bruck macht seine Hand frei, um Gilgi übers Haar zu streichen. Gilgi lächelt herablassend. Letzten Endes stellen doch alle Männer die gleichen dämlichen Fragen. „Natürlich ist man verliebt — hier und da — das nimmt man nicht weiter ernst, gibt Wichtigeres. Männer! Was das schon ist." Und sie zitiert Olga: „Liebe ist nett und vergnüglich, aber man darf sie nicht ernst nehmen." Martin findet, daß es eigentlich ihm zukäme, sowas zu sagen, immerhin kann ihm solche unbeschwerte Weltanschauung nur angenehm sein.

„Soll ich Sie zu Ihrem Maskenball fahren lassen", fragt er, als sie ins Taxi steigen. Gilgi antwortet nicht. Ein Glück für Martin Bruck, daß es dunkel ist, Gilgi würde ihm nie verzeihen, wenn er gesehen hätte, wie rot sie geworden ist.

Wohin fahren wir? Ich sollte es nicht, ich sollte nicht mitfahren . . . er hat den Arm um ihre Schultern gelegt — ein Mann! Was das schon ist.

Eine schöne Wohnung. Dicke Teppiche, bunte Kissen, weiches Licht. „Das alles gehört Ihnen?" — „Mir?" Martin Bruck lacht: „Mir gehört gar nichts auf der Welt, das hier gehört einem Freund, der ist für zwei Jahre nach Rußland gefahren, ich soll hier aufpassen, bin eine Art besserer Portier sozusagen. Daß ich's zwei Jahre hier aushalte — das glaube ich nicht." Er soll es zwei Jahre hier aushalten, er soll — Martin nimmt Gilgi den Mantel ab: ein schlanker Junge, ein lebendig gewordenes Gainsborough-Bild steht vor ihm. „Mädelchen, du gefällst mir." Martin läuft geschäftig hin und her. „Was wollen Sie trinken, kleines Fräulein?" — Bin doch ein Glückspilz! Liebes Leben, hast immer noch hübsche Ueberraschungen für deinen alten Martin bereit. Ist das Mädel gewachsen! Die Beine gerade um die richtige kleine Nuance zu hoch angesetzt, in den Schultern breiter als in den Hüften. „Setz' dich doch, Mädelchen."

Gilgi steht reglos. Der sagt schon du zu mir. Wie sicher der ist, wie genau der weiß . . . Ist der sicher, werd' ich noch sicherer sein. Gilgi ist blaß bis an die Lippen, macht eine hochmütige, kleine Handbewegung: „Sie können sich das sparen, Sie brauchen mir nicht zu erzählen, daß Sie mich hergebracht haben, um mir ein interessantes Buch zu zeigen oder um mir einen besonders alten schottischen Whisky vorzuführen . . ." Martin schluckt die Worte wie eine sehr bittere Pille. „Kleine, ein bißchen muß man sich schon an die Spielregeln halten!" Mit schwankenden, kleinen Schritten kommt Gilgi zum Tisch, nimmt ein Glas — „Dummes, kleines Ding", sagt Martin leise, tritt hinter sie, streicht sanft und zärtlich über ihre Schulter — „kleines Mädchen, gib dir doch keine Mühe, deine Unsicherheit hinter Ruppigkeit zu verstecken, ich hab's so gern, wenn Frauen unsicher sind." Klirrrr — Gilgis Glas fällt zu Boden. Sie will die Hand abstreifen, die über ihre Schulter streicht und hat nicht einmal soviel Kraft, um den Arm zu heben — zu schnell das alles — zu schnell — Schnell? Wenn man fünf lange, lange Tage darauf gewartet hat?

Planlos streift Martin Bruck durch die Straßen. Mistiges Wetter, klebrig naß. Guckt man nach oben: wolkiges, schmuddliges Grau — guckt man nach unten: schwärzliches feuchtglitschiges Pflaster. Mißvergnügt blinzeln die Lichtreklamen auf dem Hohenzollernring durch den Nebel. Urbans Gaststätten — Café Wien. Jazzschlager spülen in kleinen Wellen bis zu den fröstelnden Portiers an den Eingängen. Drinnen langweilen sich vereinzelt Provinzler auf rotem Plüsch. Kellner erzählen auf den kleinsten Antipp hin von schlechtem Geschäftsgang, ein Ehepaar verläßt bewußt demonstrativ das Lokal, weil Kaffee nur in Kännchen gegeben wird. Ia Tafel-Geschäftsführer sind bereits so tief gesunken, daß sie ihre für Pelzmäntelgäste reservierte Liebenswürdigkeit erster Klasse bereits an einfache Tuchgäste verzappeln. Nur ein hübscher kleiner Zigarettenboy repräsentiert unbeirrbar hochmütig und standesbewußt die Kurfürstendamm-Ambition der Kölner Ringstraße.

Martin trinkt seinen Kaffee. Wirft dem Kellner ein Zweimarkstück auf den Tisch, verzichtet nach alter Gewohnheit, sich den lächerlichen Rest von achtzig Pfennig rausgeben zu lassen. Aufgeregt begleitet der Kellner den seltsamen Gast bis auf die Straße, hält ihn hartnäckig für einen Amerikaner, verspricht ihm — in drängendem Bedürfnis nach Gegenleistung — für nächste Woche besseres Wetter und empfiehlt Dahmen's Autorundfahrt.

(Fortsetzung folgt.)

Ein deutsches Idyll

Die Siedlung / Von Alice Ekert-Rothholz

Personen: Der Siedler. Der Besucher. Ein Sandhaufen. Ein Mistbeet. Sechs Pappkühe.

Der Siedler: „Bitte, mein Herr, treten Sie näher! Vorsicht, Sie stehen mit einem Fuß in diesem reizenden Mistbeet! Ein Geschenk Herrn v. Schleichers an sein liebes, aber übelriechendes Volk . . . Mein Herr, kommen Sie von der Steuer? Steuern Sie heimwärts!"

Der Besucher (verschüchtert): „Ich bin bloß von der Zeitung!"

Der Siedler: „Treten Sie näher, mein Herr! Noch näher! Treten Sie mir getrost zu nahe! Zeitungen sind heutzutage gänzlich ungefährlich! Und wenn sie gefährlich sind, sind sie gottlob verboten . . ."

Die Kühe (singen): „Heil dir im Siegerkranz!"

Der Siedler (stellt die Kühe ab): „Dämliche Biester! Na ja, was wissen solche Viecher von unserer Republik? — Mein Herr, Sie sehen sich hier im Berliner Urwald! Wir sind ehrliche, rauhe (weil schlecht rasierte) Siedler. — Dies ist meine kleine Musterfarm vor den Toren der Stadt."

Der Besucher: „Kolossal! Ich meine: kolossal klein . . . Aber staunenswert, daß Sie in dieser Zeit die Mittel aufbringen . . ."

Die Kühe (schütteln vor Lachen die Kuhglocken).

Der Siedler: „Sie Ahnungsloser! Husch! — Ich habe natürlich erst mal ein verschuldetes Rittergut übernommen und von den Subventionen, die der Staat sofort und bar zahlte, habe ich diese Siedlung vom Staat gekauft . . . Bodenreformen erfolgen bei uns doch stets auf kleinen aber kostspieligen Umwegen!"

Die Kühe (singen das Wirtschaftsprogramm Herrn v. Papens).

Der Besucher: „Sagen Sie, langweilen Sie sich nicht hier? Keine Sorgen, keine Exmittierung, keine Aufregungen . . ."

Der Siedler: „Anfangs hat mir ja die Stempelstelle gefehlt. Die Stempelstelle ist die Lachbühne des kleinen Mannes. Aber die eigene Scholle . . ."

Der Besucher: „Prachtvoll. Scholle mit eigenen Kartoffeln! Der Staat sorgt wahrlich für seine ungeratenen Kinder!"

Der Siedler (freundlich): „Hier hat man wenigstens reelle Steine statt des unsicheren Brotes! Und das Mistbeet ersetzt mir allen Stunk."

Das Mistbeet (klemmt das Monokel fester und verbeugt sich . . .).

Der Siedler: „Ich siedle und siedle so vor mich hin . . ."

Der Besucher: „Herr, machen Sie Scherz mit mir? Ich suche die ganze Zeit Ihre Siedlung! Ist es etwa dieser häßliche Sandhaufen?"

Der Sandhaufen (schießt Sand und ruft: „Buda verrecke!").

Der Besucher: „Und wo sind die Viehbestände des schlichten Landmanns?" Diese lächerlichen Pappkühe geben doch im Leben keine Milch!"

Der Siedler: „Staatliche Siedlungen sind zum Ansehen da und nicht zur Benutzung! Mehr Lyrik, mein Herr! Bereits Karl der Dicke . . ."

Die Kühe (singen: „Siegreich wolln wir Frankreich schlagen!").

Das Mistbeet (macht deutschen Stunk).

Der Siedler: „Meine Kühe sind Prachtkühe! Sie geben zwar keine Milch, aber wir malen sie uns selber . . . Wissen Sie, ich bin eigentlich gar kein Siedler, sondern — —

Der Besucher: „Sondern geistesgestört?"

Der Siedler: Sondern ein nationales Ideal: Ich gehe an Selbstversorgung zugrunde . . ."

Die Kühe (singen: „Siegreich wolln wir Deutschland schlagen!").

Der Besucher (kopfschüttelnd): „Sagen Sie, was ist aus dem Baron geworden, dessen verschuldetes Gut Sie übernommen hatten?"

Der Siedler: „Der ist in die Politik eingegangen. Klar! Da brauchen sie noch ein paar abgetragene Barone. Und zu verstehen brauchen sie auch nischt. Nischt von Hauswirtschaft, nischt von Volkswirtschaft, nischt von Weltwirtschaft und können doch den ganzen Tag rumwirtschaften . . ."

Der Besucher: „Ja . . . Aber was kommt dabei heraus?"

Der Siedler: „Mustersiedlungen! Wie diese hier! Unsere Obstbäume sind ausgespuckte Kirschkerne; und Kerne wachsen zu langsam für unsern Hunger . . . Unser tägliches Brot sind die Kruften, die satte Ausflügler weggeworfen haben . . . Unser Gemüse befindet sich im Gemüseladen. Unser Vieh ist aus Pappe . . . Und unsere Ernte?"

Der Besucher: „Mein Gott, was ernten Sie denn unter diesen Umständen?"

Der Siedler: „Undank, mein Bester! — Und das ist eine allzu magere Ernte für ein ganzes, arbeitendes Volk . . ."

Der Besucher (flüchtet, eifrig schreibend, zur nächsten Haltestelle).

Der Siedler (schweigt und segnet die Mistwirtschaft dieser Welt).

Der Sandhaufen (lächelt selbstgefällig und markiert: „Segen der Erde!").

Die Kühe (setzen sich in Betrieb und sondern nacheinander Edelmargarine, Dünnbier und eine Denkschrift des Reichsernährungsamts ab).

Das Mistbeet (macht ein frommes Gesicht und stinkt zum Himmel).

Eine dunkle Wirtschaftswolke (zieht näher und verbirgt die Siedlung auf ungewisse Zeit vor den Blicken der arbeitslosen Menschheit).

Altbayerischer Sprichwörterschatz

Die Weisheit des Volkes ist aufgespeichert in jener Fülle von Sprichwörtern und Redensarten, die sich seit Jahrhunderten von einem Geschlecht zum anderen vererben. Solche uralte Weisheit gibt auch manchen Aufschluß über die Wesensart des Stammes, der sie geschaffen, und deshalb ist das Sprichwort von der Volkskunde stets als wichtiges Charaktermerkmal bewertet worden. Die ausgesprochene Eigenart der Bayern hat einen reichen Schatz solcher Redewendungen und Sprüche entstehen lassen, aus dem Josef Maria Lutz in dem soeben bei R. Piper u. Co. in München erscheinenden, zu der Reihe „Was nicht im Wörterbuch steht" gehörenden Band „Bayerisch" allerlei mitteilt. Der plastische Ausdruck der bayerischen Sprache, der schlagende Humor und die Derbheit, die kein Blatt vor den Mund nimmt, kommen hier gut zum Ausdruck. Der bayerischen Sprichwörter sind unzählige, und immer wieder entstehen neue: irgendein Bauer oder sonst wer findet für irgendeine Angelegenheit des Dorfes, für irgendeine Situation die kürzeste und treffendste Form, die sich dann rasch herumspricht.

Als Beispiele dieser Volksweisheit seien einige Proben gegeben: Zunächst einiges, das sich mit einem für den Bayern höchst wichtigen Gegenstand, dem Essen und Trinken, beschäftigt. Da sagt man z. B. Erdäpfel san am besten, wenns z'erst durch d' Sau trieb'n wer'n, d. h. als Schweinefleisch. — Der stellt sich an, wia der Hund zum Weißwurscht fressen, d. h. ungeschickt. — Solang ma 's Schweinerne pfundweis kriagt, solang kaaft ma koa ganze Sau!, d. h. ein Mädchen, das mit ihren Gunstbezeugungen zu freigebig ist, wird nicht geheiratet. — Der hat sei Leber auf der Sunnaseit'n, d. h. er ist besonders durstig, denn da von der Leber nach der Volksansicht der Durst kommt, verrät ihre Lage nach der Sonnenseite einen Riesendurst. — Der futtert a gern naß, d. h. er trinkt mehr als er ißt. — Dem sein Hof is aa d' Gurgel (Kehle) nunterglaffa. — Die Arbeit steht nicht gerade in gutem Ruf beim Bayern. So sagt er: Der hat aa bloß seine grad'n Glieder, damit er der Arbeit aus'm Weg gehn ko'. — Mei Ruah möcht i, i bin jatzt grad im Fettwerd'n, d. h. nach dem Essen. — In der Früah bett't d' Frau, auf d' Nacht bett't d' Sau, d. h. eine Frau, die erst abends die Betten macht, ist unreinlich.

Einen reichen Wortschatz hat der Bayer für die schlechte Laune. Diese umschreibt er in den mannigfachsten Formen, z. B.: Dem stinkt er; dem raacht er; dem hockt er. — Der macht a G'sicht wia a verbrennte Wanz'n. — Der macht a G'sicht, wia wemm eahm a Ochs neitret'n waar und waar ausg'rutscht drin. — Der is a Muff; a fade Rock'n, a greißlicher Uhu, a spinnata Uhu usw. — Aus dem weiten Gebiet von Liebe und Ehe heißt es etwa: Heiraten is net Kappen tauscht, d. h. nicht so einfach rückgängig zu machen. — Weibersterb'n is koa Verderb'n, aber Roßverrecka, des ko oan derschrecka, d. h. ein neues Pferd muß man kaufen, aber eine neue Frau bringt manchmal noch Geld und Gut ins Haus. — Wann der Herrgott an Narren braucht, laßt er am alten Mo sein Weib sterb'n, d. h. wenn der Witwer noch mal freien geht, wird er ganz verrückt. — A alts Weib und a gußeiserner Herrgott san ewige Stuck, d. h. wenn einer eine alte Frau heiratet mit der Hoffnung, daß sie bald stirbt, so verrechnet er sich meist. — Mo hoaßt koan an Bleß (braunes Pferd mit weißem Stirnfleck), wenn er net a weiß' Fleckerl hat, d. h. an jedem Gerede ist etwas Wahres. — Du bist aa da her, wo ma d' Hosen no' mit der Weißzanga o'zlagt, d. h. ein rückständiger Mensch. — Der G'scheiter gibt nach, hat der Bauer g'sagt, wia ihn der Ochs in d' Brennessel nei'grennt hat. — Ein Allerweltsausruf ist: „Jatzt da legst di'nieder!" Womit Ueberraschung, angenehmes und unangenehmes Erstaunen, Sehnsucht nach Ruhe und alles mögliche bezeichnet wird. Von einem, der besonders blaß ist, sagt man: Der schaugt aus, wia der Kas auf'n Todbett. Von einem Kranken: Der hat aa schon den Gottsacker-Jodler. (Schwindsuchtshusten.). Oder: Der tragt sei Seel schon unter der Achsel.

Kampf um Zinsen und Kontingente.

Heute Kabinettssitzung. — Der Reichsverband der Industrie in Front.

Heute tritt das Reichskabinett wieder zusammen, um sich mit den Fragen der Kontingentierung und dem Zinsproblem zu beschäftigen.

Der Kampf um den grundsätzlichen Uebergang von der Politik der Handelsverträge zur Einfuhrkontingentierung, wenigstens für wirtschaftliche Produkte, und um die Frage der generellen oder individuellen Zinssenkung ist auf seinem Höhepunkt. Für die heutige Kabinettssitzung erwartet man Festlegungen von grundsätzlicher Art. Eine Bekanntgabe der Regierungsbeschlüsse soll allerdings erst am 26. September auf der Vollversammlung des bayerischen Landwirtschaftsrats in München in einer Rede des Reichsernährungsministers erfolgen, die auf sämtliche deutschen Sender übertragen wird. Herr von Papen hat bekanntlich sein Wirtschaftsprogramm auf einer Agrariertagung in Westfalen verkündet. Für den Kurs dieser Regierung ist das deutlich genug.

•

Innerhalb der Regierung bestehen die schärfsten Gegensätze,

für deren Bedeutung es charakteristisch ist, daß das später freilich wieder dementierte Gerücht von der Amtsmüdigkeit des Reichswirtschaftsministers Warmbold entstehen konnte. Es sieht jetzt nach einem faulen Frieden aus, der den unzweideutigen Sieg der Agrarier in sich schließt. Man will Warmbold dazu bringen, der Politik der Kontingente grundsätzlich zuzustimmen, eine konkrete Anwendung dieser Politik aber zunächst nur für einzelne Waren durchführen und die weitere Praktizierung von handelsvertraglichen Verhandlungen mehr oder weniger abhängig machen.

Daß im Reichswirtschaftsministerium an sich noch nicht alle Vernunft beim Teufel ist, zeigen Ausführungen des jetzigen Staatssekretärs Schwarzkopf im „Deutschen Oekonomist". Er sagt, daß mit Zöllen und anderen Regierungsmaßnahmen der Zerrüttung eines großen Teils der landwirtschaftlichen Betriebe einfach nicht beizukommen sei, weil die gesunkene Kaufkraft der Bevölkerung einen dauernden Rückgang des Konsums landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Folge habe. Aus öffentlichen Mitteln könnten ständige landwirtschaftliche Betriebsverluste nicht finanziert werden, und eine Aufrechterhaltung der in großen Teilen nur auf Export eingestellten Industrie sei nur bei einigermaßen normalen Ein- und Ausfuhrbeziehungen mit der übrigen Welt denkbar.

Wie scharf die Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft geworden sind, zeigt folgender Brief von Geheimrat Kastl, des geschäftsführenden Vorsitzenden des

Reichsverbands der Deutschen Industrie an Reichskanzler v. Papen:

„Die deutsche Industrie begrüßt das von der Reichsregierung begonnene Reformwerk mit großen Hoffnungen, da es geeignet ist, der privaten Initiative endlich wieder die Möglichkeit freier Entfaltung zu geben. Dem Leitgedanken der Reichsregierung widersprechen aber Kontingentierungsmaßnahmen, da ihnen notwendigerweise außenhandels-monopolistische Tendenzen innewohnen. Deshalb erscheint grundsätzlich die Absicht, Einfuhrkontingente einzuführen, mit dem von der Reichsregierung im übrigen mit erfreulicher Deutlichkeit zum Ausdruck gebrachten Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit unvereinbar.

Der Landwirtschaft selbst kann mit Kontingentierungsmaßnahmen eine wirksame Hilfe deshalb nicht gebracht werden, weil die zu erwartenden Gegenmaßnahmen des Auslandes gegen die deutsche Ausfuhr zu unmittelbaren Schädigungen der deutschen Industrie führen müssen. Die Abnehmerschaft der deutschen Landwirtschaft würde damit in ihrer Kaufkraft erneut geschwächt. Der durch die Verminderung der Kaufkraft der Bevölkerung eintretende unmittelbare Schaden für die Landwirtschaft wird aber erheblich größer sein als die Vorteile, die sich die Landwirtschaft aus einer Begrenzung der Einfuhr verspricht. Im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft muß daher die deutsche Industrie an ihrem Einspruch gegen Kontingentierungsmaßnahmen festhalten.

Wenn die Industrie in einem Einzelfall, nämlich bei ihrer Verständigung mit der Landwirtschaft über die Neuregelung des Butterzolls ihren grundsätzlichen Widerspruch gegen eine Kontingentierung zurückgestellt hat, so geschah es nur deshalb, weil ein anderer Weg zur Lösung des unerträglichen Konfliktzustandes mit Holland und den skandinavischen Ländern nicht gefunden werden konnte. Die Zustimmung zu dieser Notmaßnahme darf, wie die Industrie immer wieder betont hat, nicht dazu führen, in der Butterkontingentierung einen Präzedenzfall für weitere Kontingentsmaßnahmen zu sehen. Aus der ernsten Sorge, daß das sonst so begrüßenswerte Reformwerk der Reichsregierung schwerster Gefährdung ausgesetzt wird, bittet der Reichsverband der Deutschen Industrie die Reichsregierung, ihren Beschluß, zu Kontingentierungsmaßnahmen überzugehen, einer nochmaligen Prüfung unter Würdigung der auf dem Spiel stehenden Gesamtinteressen zu unterziehen. Die deutsche Industrie erhofft aus dieser Prüfung das Ergebnis, daß der Weg einer Kontingentierung nicht beschritten zu werden braucht."

Schärfer kann die Zuspitzung der Gegensätze zwischen Junkern und Unternehmern nicht zum Ausdruck kommen,

als in dieser industriellen Note an den Kanzler. Aber es sieht fast so aus, als ob der Druck der Junker auf das Reichskabinett — am Donnerstag hat Dr. Brandes vom Deutschen Landwirtschaftsrat mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler konferiert — sich stärker auswirkt als der der Industrie. TU. läßt sich von zuständiger Seite mitteilen, daß die besonderen Industriefragen schon in der Zollnovelle vom 6. September mit ihren 200 erhöhten Zollpositionen und in der sogenannten Belebungsverordnung „geklärt" seien.

Man scheint also auch über den Einspruch des Reichsverbandes der Industrie zur Tagesordnung übergehen zu wollen! Und diese Tagesordnung heißt ein zweites Papen-Pogramm ausschließlich für die Landwirtschaft. Dahinter steht offenbar eine ungeheuerliche Subvention in den verschiedensten Formen: Einfuhrkontingente, Zinssenkung, Steuersenkung, Sicherung des Genossenschaftskredits (200 Millionen sollen in Frage kommen) und Neuorganisation der Preußenkasse (um die 200 Millionen zu verteilen). So läßt sich wenigstens die landbundoffiziöse „Landwirtschaftliche Wochenschau" vernehmen.

In der Frage der Zinssenkung scheint die Klärung auch da zu sein. Es ist wahrscheinlich — das Reichswirtschaftsministerium hat sich auch hier als schwächlich erwiesen —, daß man landwirtschaftliche Hypotheken, in erster Linie von Landschaften, aber auch von Hypothekenbanken, im Zinssatz heruntersetzt und daß man den Inhabern der 6prozentigen Pfandbriefe 4prozentige reichsgarantierte steuerfreie Pfandbriefe anbieten will. Darüber hinaus soll für alle lang- und mittelfristigen Kredite eine generelle Kündigungsmöglichkeit zugunsten der Schuldner geschaffen werden, um zu Zinsabschlägen Gelegenheit zu geben. Was hier vor sich ginge, wäre

ein neuer Umfall des Reichskanzlers,

denn die bisher abgelehnte generelle Zinssenkung wäre praktisch für die Landwirtschaft in Form einer Subvention auf Kosten der Gläubiger doch durchgeführt.

Dieser ganze Kampf um Zinsen und Kontingente ist, volkswirtschaftlich gesehen, eine Schande. Würde mit den bankerotten Junkern geschehen, was mit Bankerotteuren zu geschehen hat, dann hätte der Bauer viel weniger Sorgen und es gäbe überhaupt keinen Kampf um Zinsen und Kontingente, die nur ein neuer Betrug an den Gläubigern und neue unabsehbare Arbeitslosigkeit bedeuten. Im Zuge einer wirtschaftlichen Ankurbelungsaktion eine solche Tragikomödie sich abrollen zu sehen, ist kennzeichnend für die Verwirrung des Geistes in Deutschland.

Einzelhändler wollen Krieg.

Vernichtungsfeldzug gegen die Angestellten.

Der Arbeitgeberverband im Berliner Einzelhandel hat jetzt sein Visier gelüftet und den Angestelltenorganisationen seine Forderungen unterbreitet. Das Abbauprogramm der Einzelhändler ist ein umfassender Angriffsplan auf die Existenzgrundlage der 40 000 Berliner Einzelhandelsangestellten. Die Leere in den eigenen Verkaufsräumen, die außerordentlich zurückgegangenen Käufe der eigenen Angestellten sind den Einzelhandelsunternehmern anscheinend noch nicht Anschauungsunterricht genug, um zu begreifen, daß die Schrumpfung der Massenkaufkraft jeden wirtschaftlichen Wiederaufstieg von vornherein unmöglich macht.

Die Lehrlingsentschädigungen sollen herabgesetzt werden für das 1. Lehrjahr von 27 M. auf 20 M., für das 2. Lehrjahr von 41 M. auf 30 M., und für das 3. Lehrjahr von 57 M. auf 40 M. Den jugendlichen Angestellten will man im 15. Lebensjahr das Monatsgehalt von 45 auf 30 M. herabsetzen, im 16. Lebensjahr von 57 M. auf 45 M., und im 17. Lebensjahr von 66 auf 55 M. Für die Angestellten der Tarifgruppe I, in der sich rund 90 Proz. aller Angestellten des Berliner Einzelhandels befinden, will man die Gehälter bis zum ersten Berufsjahr nach dem 20. Lebensjahr gnädigst bestehen lassen, da das Gehalt für den 20jährigen Angestellten sowieso nur 101 M. brutto und für die gleichaltrige Angestellte 92 M. und nach sieben Berufsjahren für die männlichen Angestellten 171,50 M. und für die weiblichen Angestellten 144 M. beträgt. Es soll künftig nur noch im fünften Berufsjahr eine Erhöhung des Gehalts für die männlichen Angestellten auf 144 M. und für die weiblichen Angestellten auf 127 M. erfolgen. Von der Gruppe II soll nur noch die Eingangsstufe bestehen bleiben mit einem Gehalt von 149 M. für einen männlichen Angestellten bis zum 31. Lebensjahr und 140 M. für eine gleichaltrige weibliche Angestellte. Die anderen drei Altersgruppen, in denen sich das Gehalt bis auf 218 M. für männliche und 180 M. für weibliche Angestellte erhöhte, sollen gänzlich wegfallen. Die Gehälter der Angestellten der Gruppen III und IV, die zwischen 184 M. und 387 M. für die männlichen sowie 162 M. und 319 M. für die weiblichen Angestellten lagen, sollen überhaupt nicht mehr tariflich festgelegt, sondern „frei" vereinbart werden. Die Zulage in Höhe von 5 oder 10 M. monatlich für unterhaltungspflichtige Angehörige soll gleichfalls beseitigt werden. Ein verheirateter Angestellter des Einzelhandels im Alter von 30 Jahren, der bisher das kärgliche Gehalt von 181,50 M. hatte, soll sich nach **dem 1. Oktober mit einem Bruttogehalt von 144 M. bescheiden.** Rechnet man von diesem Einkommen die notwendigen Ausgaben für Miete, Fahrgeld, Licht, Gas, Feuerung usw., die Abzüge an Steuern und Sozialbeiträgen ab, rechnet man den Zwang, im Beruf immer gut gekleidet zu sein, dann kann man sich ungefähr ausmalen, wie jämmerlich diese Angestelltenfamilie lebt.

Zu diesen Gehaltsabbauforderungen gesellen sich aber noch diverse Wünsche. Der Urlaub soll ganz erheblich verkürzt, der Höchsturlaub z. B. von 18 auf 12 Tage reduziert werden. Die Unternehmer des Berliner Einzelhandels glauben offenbar, mit den 40 000 Einzelhandelsangestellten machen zu können, was ihnen beliebt und was gerade „zeitgemäß" ist. Es kann aber auch sehr leicht eine andere Entwicklung eintreten, als sie sich die Unternehmer vorstellen. In verschiedenen Betrieben sind die Angestellten gut organisiert; sie werden die geforderten Verschlechterungen nicht widerstandslos hinnehmen.

An den Abschluß eines Gehalts- oder Manteltarifvertrages auf der von den Unternehmern erstrebten Grundlage ist überhaupt nicht zu denken. Der Zentralverband der Angestellten wird vielmehr überall dort, wo es ihm angebracht erscheint, von der wiedergewonnenen Kampffreiheit Gebrauch machen. An den Angestellten des Einzelhandels liegt es jetzt, sich auf ihre Klassenlage zu besinnen und eine feste Gewerkschaftsfront aufzurichten!

Die Beratungen des IGB.

Ein internationales Bildungsprogramm.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich in seinen Beratungen am Freitag mit einer vom internationalen gewerkschaftlichen Jugend- und Bildungskomitee vorgelegten Resolution, die die Zustimmung des Vorstandes fand. Der Entwurf eines internationalen Schul- und Bildungsprogrammes wurde eingehend beraten, ebenso die Frage, ob die Bildung einer Arbeiterbildungsinternationale, die sich auch mit den Fragen des Films befassen soll, zweckmäßig ist. Das Sekretariat wird bei den Landeszentralen zunächst eine Enquete über die bestehenden Bildungsorganisationen der Arbeiterklasse veranstalten. Die fast den ganzen Tag beanspruchende eingehende Diskussion der sozialpolitischen Richtlinien führte zur endgültigen Redaktion dieses Programmes, das nunmehr den Landeszentralen als Unterlage für den internationalen Kongreß von Brüssel zur Stellungnahme zugeht. Die Beratungen des Vorstandes des IGB. werden wahrscheinlich noch den Sonnabend beanspruchen.

Abgewehrter Lohnabbau.

Schiedsspruch in der westsächsischen Textilindustrie.

Dresden, 16. September.

In dem Lohnstreit in der westsächsischen Textilindustrie ist nach mehrtägigen Verhandlungen unter dem Vorsitz des Landesschlichters, Ministerialrat Dr. Hauschild, heute eine freie Vereinbarung zwischen den Parteien zustande gekommen, durch die die gekündigten Lohntarife mit einigen Abänderungen für gewisse Branchen für die Zeit vom 16. September 1932 bis 31. Januar 1933 wieder in Kraft gesetzt worden sind. Für einzelne Branchen ist die Angelegenheit nochmals an die Parteien zur Behandlung binnen drei Wochen zurückverwiesen worden. Sollte wider Erwarten in diesen Branchen eine Einigung nicht zustande kommen, so geht die Sache an den Schlichter zur Entscheidung zurück.

•

Die Unternehmer hatten für die westsächsische Textilindustrie, die an 150 000 Personen beschäftigt, einen allgemeinen Lohnabbau von acht, zehn und zwölf Prozent gefordert, außerdem noch Abschläge für einzelne Kategorien. Ueber diese letztere Forderung scheint eine Verständigung erzielt zu sein oder angestrebt zu werden, während der allgemeine Lohnabbau abgewehrt worden ist. Zu bemerken ist noch, daß für die westsächsische Textilindustrie ein Manteltarif, aber nicht weniger als 44 Lohntarife bestehen. Der Ausgang des Lohnkonflikts ist ein glänzender Erfolg des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

•

Die Lohntarifverhandlungen in der Textilindustrie der Bezirke Bielefeld, Gütersloh und Herford endeten mit dem Ergebnis, daß ab 16. September die Tariflöhne für die Bezirke Bielefeld und Herford um 3 Proz., für den Bezirk Gütersloh um 3½ Proz. gesenkt werden.

Wie wir dazu von maßgebender Stelle erfahren, hat der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes dieser Tage beschlossen, seine Bezirksorganisationen dahin zu verständigen, daß er künftig jeder Vereinbarung und jedem Schiedsspruch seine Zustimmung versagen wird, wenn darin eine Lohnkürzung enthalten ist.

Halbamtliches zum hohen Brotpreis.

Was tut der Preiskommissar?

Wie der 9. Bericht der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, einer halbamtlichen Stelle, nach dem Indexstichtag vom 24. August 1932 über Preise und Verdienstspannen beim Brot und Weizenkleingebäck mitteilt, ist trotz der bis zum genannten Tage bereits erfolgten Brotpreissenkungen die durchschnittliche Bruttoverdienstspanne im Backgewerbe seit Mai d. J. beim Brot von 12,8 Pf. auf 14,9 Pf. je Kilogramm und beim Weizenkleingebäck von 46,1 Pf. auf 49,4 Pf. je Kilogramm infolge der sinkenden Getreide- und Mehlpreise gestiegen. Beim Brot hat sie am 24. August bereits den Stand vor der letzten Preissenkung erreicht. Beim Weizenkleingebäck steht sie etwa auf dem Niveau vom Oktober 1930. Durch das Ausmaß des Rückganges der Getreide- und Mehlpreise haben sich die Verdienstspannen im Monat August stärker erweitert, als die Bäcker selbst wohl erwartet hatten. Auch wenn die Getreide- und Mehlpreise sich von ihrem Tiefstand in der zweiten Augusthälfte in der Folgezeit noch mehr erholen sollten, werden die Bruttoverdienstspannen im gewogenen Durchschnitt noch größer sein, als während der Preissenkungsaktion im 1. Halbjahr 1932. Durch Verminderung der Zwischenverdienstspanne könnte der Brotpreis noch verbilligt werden.

Erkämpft den Sozialismus!

Die Techniker in der Kampffront.

Die Funktionäre der freigewerkschaftlich organisierten Berliner Techniker beschäftigten sich am Mittwoch in einer Konferenz in den Germania-Sälen mit den Notverordnungen der Reichsregierung vom 4. und 5. September. In einem längeren Referat führte Genosse Dr. Pfirrmann vom Hauptvorstand des Butab den Nachweis, daß mit Hilfe dieser Notverordnungen eine Belebung der Wirtschaft überhaupt nicht möglich sein kann.

Die Folgen dieser Notverordnungen, deren Kernstücke die Steuergeschenke an die Unternehmer und die Lohnabbauermächtigung sind, können nur eine weitere Schrumpfung des Absatzes hauptsächlich an Industriewaren und damit eine weitere Verschärfung der Krise sein. Der Reichskanzler hat selbst erklärt, daß dieser Plan der letzte große Versuch sei, die privatkapitalistische Wirtschaft zu retten. Aufgabe der klassenbewußten Arbeiter- und Angestelltenschaft muß es jetzt sein, die große Masse des Volkes, die antikapitalistisch denkt, für die Ziele des Sozialismus zu gewinnen. Der Sozialismus kommt nicht automatisch. Es kann an seiner Stelle auch der politische und wirtschaftliche Barbarismus kommen. Der Sozialismus muß gewollt und erkämpft werden.

In der anschließenden kurzen Aussprache kam die Uebereinstimmung der Funktionäre sowohl mit den Ausführungen des Genossen Dr. Pfirrmann als auch mit dem sozialdemokratischen Volksbegehren mit erfreulicher Deutlichkeit zum Ausdruck.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Sonnabend, findet folgende Veranstaltung statt: **Spiele im Freien:** Ab 18 Uhr Sportplatz Humboldthain.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Sonnabend, 17. September, findet folgende Veranstaltung statt: **Südostkreis:** Ab 16 Uhr Abspielen auf dem Sportplatz Am Urban.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit".

Anzeigenpreise: Die einspalt. Millimeterzeile 30 Pf., Reklamezeile 2.— M., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Herbert Lepère; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Otto Hengst; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Hierzu 1 Beilage.